

Vera Hanewinkel (Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Uni Osnabrück)

## Wie hältst du's mit der Migration? Migrationspolitische Positionen in den Programmen zur Bundestagswahl 2021

**Am 26. September 2021 ist Bundestagswahl. Welche migrationspolitischen Positionen vertreten die Parteien? Wie wollen sie die Migrationspolitik gestalten? Ein Blick in die Wahlprogramme.**

Migration war bei der letzten Bundestagswahl 2017 für Wähler:innen, die noch unter dem Eindruck der hohen Fluchtzuwanderung 2015/2016 standen, ein zentrales Thema, dem sich die Politik annehmen sollte. Zwar zeigen Befragungen im Vorfeld der Bundestagswahl 2021, dass Migration und Flucht immer noch als dritt wichtigstes Thema angesehen werden, allerdings weit abgeschlagen hinter Corona sowie Umwelt und Klima.<sup>1</sup> Nachdem die Taliban Mitte August die Macht in Afghanistan übernommen haben, erfährt das Thema Flucht in den politischen Debatten jedoch wieder viel Aufmerksamkeit. Und im Einwanderungsland Deutschland stellt sich allgemein die Frage, welche Ideen die Parteien zur Gestaltung von Migrationspolitik und Einwanderungsgesellschaft haben. Wie stehen sie zu Migration, Integration, Flucht und Asyl? Wir haben uns die Wahlprogramme der aktuell im Bundestag vertretenen Parteien angesehen, die nach der Wahl am 26. September Umfragen zufolge<sup>2</sup> alle wieder im Parlament vertreten sein werden: CDU/CSU, SPD, AfD, FDP, Die LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.<sup>3</sup>

### CDU/CSU

Die Unionsparteien wollen an ihrer migrationspolitischen Linie der letzten Jahre festhalten und Migration "wirksam ordnen und steuern". Sie möchten "illegale Migration" verhindern und Bleiberechtsmöglichkeiten für Ausreisepflichtige stärker einschränken sowie Aufenthaltserlaubnisse bei Geduldeten an "echte Integrationsvoraussetzungen" knüpfen. Sammelabschiebungen sollen zum Beispiel durch die Einrichtung von "Gewahrsamseinrichtungen an Verkehrsflughäfen" erleichtert werden. Ausländer:innen, die gegen eine Wiedereinreisepflicht verstoßen, sollen unmittelbar in Abschiebehaft genommen werden können. Zudem wollen CDU und CSU den Druck auf "Identitätstäuscher und Mitwirkungsverweigerer" erhöhen. Wer die Behörden bzgl. seiner Identität täuscht oder seine Abschiebung verhindert, soll keine Duldung mehr erhalten. Gegenüber dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geäußerte Falschangaben im Asylverfahren sollen strafbar sein. Die Liste der sicheren Herkunftsstaaten wollen CDU und CSU ausweiten und mithilfe des europäischen Asylrechts das Konzept des "kleinen sicheren Herkunftsstaats" einführen; die

---

<sup>1</sup> Siehe beispielsweise die Ergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen zur am 30.07.2021 gestellten Frage: "Was sind aktuell die wichtigsten Probleme?" <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/bundestagswahl-2021-umfragen-100.html> (Zugriff: 06.08.2021).

<sup>2</sup> Siehe die Ergebnisse der regelmäßig gestellten Sonntagsfrage Bundestagswahl: <https://www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm> (Zugriff: 06.08.2021).

<sup>3</sup> Die Reihenfolge richtet sich nach dem Wahlergebnis der Parteien bei der letzten Bundestagswahl im September 2017 ([https://www.bundeswahlleiter.de/infopresse/mitteilungen/bundestagswahl-2017/34\\_17\\_endgueltiges\\_ergebnis.html](https://www.bundeswahlleiter.de/infopresse/mitteilungen/bundestagswahl-2017/34_17_endgueltiges_ergebnis.html)) und spiegelt keine Parteipräferenzen wider. Die Schwesterparteien CDU und CSU, die im Bundestag eine gemeinsame Fraktion bilden, haben ein gemeinsames Wahlprogramm vorgelegt und werden daher hier gemeinsam genannt. Insgesamt hat der Bundeswahlleiter 53 Parteien zur Bundestagswahl 2021 zugelassen ([https://www.bundeswahlleiter.de/infopresse/mitteilungen/bundestagswahl-2021/14\\_21\\_1bwa-entscheidung.html](https://www.bundeswahlleiter.de/infopresse/mitteilungen/bundestagswahl-2021/14_21_1bwa-entscheidung.html) ; Zugriff: 06.08.2021).

Einstufung als solcher soll ohne die Zustimmung des Bundesrats möglich sein.<sup>4</sup> Von Partnerländern in der Entwicklungszusammenarbeit erwarten die Unionsparteien eine "enge Kooperation bei der Bekämpfung von Fluchtursachen und illegaler Migration"; sie sollen beispielsweise eigene Staatsangehörige zurücknehmen (S. 25-27, S. 135).

### *Europäisches Asylsystem*

Die Schwesterparteien setzen sich dafür ein, dass die europäische Grenzschutzagentur Frontex "zu einer echten Grenzpolizei und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen" ausgebaut wird und mehr Personal erhält. Darüber hinaus unterstützen sie eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), die zu einer solidarischen Verteilung der Kosten und Lasten der Flüchtlingsaufnahme und einer europaweiten Harmonisierung der Aufnahmebedingungen beitragen müsse. Zukünftig solle in europäisch verwalteten Entscheidungszentren an den EU-Außengrenzen geprüft werden, ob ein Asylanspruch besteht. CDU und CSU wollen ihre Anstrengungen fortsetzen, damit die Zahl der nach Deutschland und Europa fliehenden Menschen weiter sinkt. Unter anderem durch humanitäre Hilfe und "Cash for Work"-Programme<sup>5</sup> sollen Menschen Lebensperspektiven "vor Ort" erhalten. Möglichkeiten zum Familiennachzug wollen CDU und CSU nicht über die derzeit bestehenden Regelungen hinaus ausdehnen (S. 10, S. 25-27).<sup>6</sup>

### *Qualifizierte Zuwanderung*

Zur Fachkräftesicherung wollen die Unionsparteien nicht nur die EU-Binnenmarktmigration durch gezielte Sprach- und Qualifizierungsangebote in den EU-Herkunftsländern stärken, sondern auch "Fachkräfteeinwanderungs-Attachés" an ausgewählten deutschen Botschaften in Drittstaaten benennen. Sie sollen über qualifizierte Zuwanderung nach Deutschland informieren und zuwanderungswillige Fachkräfte unterstützen. Die Antragsverfahren zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen wollen CDU und CSU weiter verbessern und digitalisieren. Ein "Deutschland-Jahr-Stipendium" soll es Schüler:innen der Deutschen Auslandsschulen ermöglichen, ein Jahr lang in Deutschland zur Schule zu gehen (S. 40).

---

<sup>4</sup> Die letzten Versuche der Bundesregierung, weitere Länder als sichere Herkunftsstaaten einzustufen, waren am Widerstand im Bundesrat gescheitert. 2016 gab es eine Debatte darüber, ob auch die nordafrikanischen Staaten Algerien, Marokko und Tunesien in die Liste der sicheren Herkunftsstaaten aufgenommen werden sollten. Während sich der Bundestag im Frühjahr 2016 für die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer aussprach, lehnte der Bundesrat dies im März 2017 ab. 2018 unternahm die Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD erneut den Versuch, die Maghreb-Staaten und zudem auch Georgien als sichere Herkunftsländer einzustufen. Der Bundestag stimmte dem Vorhaben im Januar 2019 zu. Eine für Februar 2019 angesetzte Abstimmung im Bundesrat fand nicht statt, weil sich abzeichnete, dass das Gesetz abgelehnt werden würde.

<sup>5</sup> Die Teilnehmer:innen der Cash for Work-Programme leisten gemeinnützige Arbeit und erhalten dafür einen Lohn. Dadurch können etwa Flüchtlinge, die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, dennoch sich selbst und ihre Familien versorgen. Die Arbeiten tragen zudem dazu bei, die Infrastruktur in Flüchtlingslagern und lokalen Gemeinden zu verbessern. Das Bundesministerium für Entwicklungszusammenarbeit fördert solche Programme seit 2016 in den Nachbarländern Syriens ("Beschäftigungsoffensive Nahost").

<sup>6</sup> Beim Familiennachzug zu Geflüchteten sind anerkannte Flüchtlinge, Asylberechtigte und Menschen, denen in Deutschland der untergeordnete subsidiäre Schutz gewährt wurde, derzeit nicht gleich gestellt. Während der Flüchtlingsstatus und die Asylberechtigung dazu berechtigen, Ehepartner:innen und minderjährige Kinder nach Deutschland nachzuholen, ist der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten, der zwei Jahre lang komplett ausgesetzt wurde, seit dem 1. August 2018 zwar wieder möglich. Allerdings dürfen monatlich nur bis zu 1.000 Visa für den Nachzug von Angehörigen subsidiär Schutzberechtigter ausgestellt werden.

### *Integration*

Von Zugewanderten erwarten CDU und CSU, dass sie "unsere Werte teilen, sich an unsere Gesetze halten und unsere Sprache sprechen". Ihre Integration soll durch "digitale, flexible und zielgruppenspezifische Angebote" zum Spracherwerb beschleunigt werden, von denen auch zugewanderte Unionsbürger:innen profitieren sollen.<sup>7</sup> Besondere Aufmerksamkeit wollen die Schwesterparteien dem Spracherwerb sowie der Arbeitsmarktintegration von Frauen widmen und Beratungsangebote in Schulen und Kitas durch kommunale Integrationsfachkräfte verbessern. Den Schritt in die Selbstständigkeit wollen sie fördern, sich für eine stärkere Repräsentation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im öffentlichen Dienst einsetzen und die verständigungs- und erinnerungspolitische Arbeit der Aussiedler- und Vertriebenenverbände stärker unterstützen. Das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen möchte die Union stärken und rentenrechtlichen Benachteiligungen von (Spät-)Aussiedler:innen entgegenwirken (S. 134f.).<sup>8</sup>

*(Gemeinsames Wahlprogramm von CDU und CSU mit dem Titel "Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland" (140 Seiten) abrufbar unter: <https://www.csu.de/common/download/Regierungsprogramm.pdf>)*

#### **Eigenes Wahlprogramm der CSU**

Zusätzlich zum gemeinsamen Wahlprogramm mit ihrer Schwesterpartei CDU hat die CSU noch ein kurzes eigenes Wahlprogramm vorgelegt. Es enthält im Wesentlichen dieselben migrationspolitischen Positionen und Forderungen nach Ordnung und Begrenzung von Migration, die bereits im gemeinsamen Wahlprogramm aufgezeigt werden, ergänzt diese aber um die Forderung, Kenntnisse über die Flucht und Vertreibung von Deutschen in der Nachkriegszeit des Zweiten Weltkriegs auszubauen und zwar durch Denkmalpflege, die Einrichtung eines Lehrstuhls Flucht und Vertreibung, die Erweiterung von Lehrplänen um dieses Themengebiet und den Ausbau von Städtepartnerschaften (S. 18).

*("Das CSU-Programm. Gut für Bayern. Gut für Deutschland." (18 Seiten) ist abrufbar unter: [https://www.csu.de/common/download/CSU-Programm\\_Gut\\_fuer\\_Bayern\\_Gut\\_fuer\\_Deutschland\\_final.pdf](https://www.csu.de/common/download/CSU-Programm_Gut_fuer_Bayern_Gut_fuer_Deutschland_final.pdf))*

---

<sup>7</sup> Bislang haben EU-Bürger:innen nur dann Zugang zu Integrationskursen, wenn das BAMF bei ihnen einen Integrationsbedarf feststellt (etwa in Form mangelnder Deutschkenntnisse) und es in den Kursen freie Plätze gibt.

<sup>8</sup> (Spät-)Aussiedler:innen werden durch das Fremdrentengesetz (FGR) benachteiligt, etwa, weil Rentenleistungen aus den Herkunftsgebieten nur eingeschränkt übertragbar sind und Kindererziehungszeiten nicht umfassend anerkannt werden. Viele von ihnen sind dadurch von Altersarmut bedroht. (Spät-)Aussiedlerverbände und der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten fordern, die bestehenden Benachteiligungen abzubauen und haben dafür verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen:

<https://www.aussiedlerbeauftragter.de/SharedDocs/kurzmeldungen/Webs/AUSB/DE/2019/grundrentestellungnahme-ba-november-2019.html> (Zugriff: 16.07.2021). Siehe auch: Jannis Panagiotidis (2021): Postsowjetische Migration in Deutschland. Expertise für den Mediendienst Integration. [https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/MDI\\_Expertise\\_Postsowjetische\\_Migration.pdf](https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/MDI_Expertise_Postsowjetische_Migration.pdf) (Zugriff: 22.07.2021).

## SPD

Die Sozialdemokraten fassen ihre migrationspolitischen Ideen im Rahmen ihrer Überlegungen zur Gestaltung des Zusammenlebens in einer "Gesellschaft des Respekts" sowie zur Erweiterung der Demokratie zusammen. Sie wollen gut integrierten Menschen ohne gesicherten Aufenthalt ein dauerhaftes Bleiberecht ermöglichen und etwa Kettenduldungen durch Stichtagsregelungen beenden. Außerdem sollen alle in Deutschland lebenden Zugezogenen arbeiten dürfen.<sup>9</sup> Die SPD möchte die Regelungen zum Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten wieder an die Regelungen anpassen, die auch für Flüchtlinge gelten und damit die seit 2016 eingeführten Einschränkungen zurücknehmen. Außerdem spricht sich die Partei gegen Abschiebungen in Länder aus, in denen Menschen Gefahr für Leib und Leben droht. Die Sozialdemokraten setzen sich für die Bekämpfung von Fluchtursachen ein und möchten den Globalen Pakt für Migration umfassend umsetzen. Sie wollen legale Migrationswege schaffen, unter anderem durch die Einrichtung eines Bundeskontingents für die Aufnahme von Schutzsuchenden durch aufnahmebereite Kommunen (S. 45, S. 58).

Auf EU-Ebene setzen sich die Sozialdemokraten für eine "Reform des Dublin-Systems hin zu einem solidarischen Verteilungsmechanismus" ein. Das Asylsystem wollen sie weiter europäisieren, unter anderem durch den Ausbau des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) zu einer "vollwertigen europäischen Asylagentur". Die Seenotrettung soll nicht kriminalisiert, sondern auch staatlich durch die EU gewährleistet werden.<sup>10</sup> Darüber hinaus möchte die SPD darauf hinwirken, dass die EU ein Impfkontingent für Geflüchtete einrichtet (S. 58).

### *Integration und Abbau von Diskriminierung*

Für die Sozialdemokraten ist Integration "eine permanente gesellschaftliche, wie auch staatliche Aufgabe". Sie möchten in der gesamten Gesellschaft das Selbstverständnis verankern: Migration macht "uns als Gesellschaft reicher und bringt uns voran". Damit alle Menschen in Deutschland frei von Diskriminierung leben können, will die SPD eine Bund-Länder-Kommission schaffen, die ein abgestimmtes Vorgehen gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und andere Formen der Diskriminierung ermöglichen soll. Außerdem sollen die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des

---

<sup>9</sup> Bislang ist das nicht der Fall. Für Schutzsuchende gilt beispielsweise ein Beschäftigungsverbot, solange sie verpflichtet sind, in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen. Asylantragsteller:innen und Geduldete aus einem sogenannten sicheren Herkunftsland dürfen nicht arbeiten. Ein Arbeitsverbot gilt auch für Geduldete, die ihrer Mitwirkungspflicht zur Klärung ihrer Identität nicht nachkommen. Für mehr Informationen siehe: Bundesagentur für Arbeit > Aufenthaltsstatus und Arbeitsmarkt: <https://www.arbeitsagentur.de/unternehmen/arbeitskraefte/aufenthaltsstatus> sowie Caritas > Zugang von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt: <https://www.caritas.de/fuerprofis/fachthemen/migration/zugang-von-fluechtlingen-zum-arbeitsmark> (Zugriff: 16.07.2021).

<sup>10</sup> Das EASO ist eine EU-Agentur mit Sitz in Valletta, Malta, die die Harmonisierung der Asylsysteme der EU-Mitgliedstaaten unter anderem durch die Stärkung der praktischen Zusammenarbeit in Asylfragen stärken soll. Das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten haben sich nach mehrjährigen Verhandlungen [Ende Juni 2021 darauf verständigt](#), EASO zu einer "vollwertigen Asylagentur" auszubauen. Sie legten einen überarbeiteten [Vorschlag für eine entsprechende Verordnung](#) vor. Die dadurch entstehende Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) soll mehr Kompetenzen haben, etwa bei der Unterstützung der EU-Staaten beim Migrationsmanagement in den Registrierungszentren in Staaten an der EU-Außengrenze (sog. Hotspots) oder bei der Zusammenarbeit mit Drittstaaten. (Mehr Informationen bietet beispielsweise der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) (2018): EASO reloaded: Kann die neue Asylagentur der EU ein einheitliches Schutzsystem garantieren? [https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2018/06/SVR\\_Kurzinfo\\_EASO.pdf](https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2018/06/SVR_Kurzinfo_EASO.pdf) ; Zugriff: 16.07.2021).

Bundes gestärkt und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) reformiert werden. Der öffentliche Dienst soll nach Vorstellungen der Sozialdemokraten Integrationsvorbild sein. Ein Partizipations- und Integrationsgesetz soll alle staatlichen Institutionen zu einem Prozess der interkulturellen Öffnung verpflichten. Allen Zugezogenen möchte die SPD unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit und ihrem Aufenthaltsstatus vom ersten Tag in Deutschland an Zugang zu Sprach- und Integrationskursen gewähren. Ihre Kinder sollen unmittelbar eine Kita besuchen dürfen und zum Schulbesuch verpflichtet sein.<sup>11</sup> Im Staatsangehörigkeitsrecht möchte die SPD die generelle Möglichkeit verankern, mehrere Staatsangehörigkeiten zu besitzen (Mehrstaatigkeit). Die Aufenthaltsdauer von acht Jahren, die bislang in der Regel vorausgesetzt wird, um eine Einbürgerung beantragen zu können, wollen die Sozialdemokraten verkürzen (S. 45f.).

*(Wahlprogramm der SPD mit dem Titel "Das Zukunftsprogramm. Wofür wir stehen. Was uns umtreibt. Wonach wir streben" (66 Seiten) abrufbar unter: <https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf>)*

## AfD

Die Alternative für Deutschland stellt ihre Vorstellungen zur Gestaltung der Migrationspolitik im Inhaltsverzeichnis ihres Wahlprogramms unter die Überschrift "Islam". Sie will mit Blick auf Migration, Asyl und Integration "human und rational handeln" und "Deutschland schützen". Das primäre Ziel der Migrationssteuerung solle die Wahrung der Interessen der Deutschen und der kulturellen Identität Deutschlands sein (S. 96f.).

### *Neues Schutzsystem*

Die AfD ist dabei überzeugt: "Die Fluchtbewegungen des 21. Jahrhunderts können nicht mittels Aufnahme der Migranten in Europa und Deutschland bewältigt werden." Daher müsse Hilfe für Menschen in Not "von der Aufnahme in Deutschland entkoppelt und in den Krisenregionen selbst geleistet werden." Dazu möchte die Partei ein Schutzsystem etablieren, das neben der "Ablösung der überholten internationalen Regelwerke, wie der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951" folgende Aspekte umfasst: 1) die Schaffung "intra-kontinentaler Fluchtalternativen" durch humanitäre Hilfsleistungen in den Krisenregionen, 2) die Zurückweisung von Asylsuchenden, die aus einem sicheren Herkunftsstaat oder einem sicheren Drittstaat nach Deutschland einreisen wollen, 3) die Zulassung "ausschließlich qualifizierter Einwanderung nach dem japanischen Modell<sup>12</sup>" und 4)

---

<sup>11</sup> In den 16 Bundesländern gelten unterschiedliche Regelungen, ab welchem Zeitpunkt Kinder von Asylsuchenden Zugang zum Schulsystem haben bzw. ab wann für sie die Schulpflicht gilt. In den meisten Bundesländern haben sie in der Zeit, in der sie in einer Erstaufnahmeeinrichtung leben, zwar ein Schulbesuchsrecht, es besteht aber keine Pflicht, in die Schule zu gehen. Kinder und Jugendliche ohne Dokumente sind von der Schulpflicht ausgenommen und haben somit auch keinen Anspruch auf einen Platz. Weitere Informationen bieten z.B. der Informationsverbund Asyl & Migration (<https://www.asyl.net/themen/bildung-und-arbeit/zugang-zu-bildung/schule/>) oder die Monitoring-Stelle der UN-Kinderrechtskonvention am Deutschen Institut für Menschenrechte (<https://landkarte-kinderrechte.de/maps/zugang-schulen.html>). Zugang zu Kitas haben Flüchtlingskinder mit Ausnahme des Saarlands erst nach Verlassen der Erstaufnahmeunterkunft. Ein Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz besteht für sie ab einem Jahr (<https://landkarte-kinderrechte.de/maps/zugang-kita.html>).

<sup>12</sup> Japan ist das OECD-Land mit der niedrigsten Migrationsquote. Ende 2019 lebten 2,9 Millionen ausländische Staatsangehörige in Japan. Einwanderung und Aufenthalt von Ausländer:innen werden streng kontrolliert. In

"Humanitäre Aufnahme nur für vom Bundestag ausgewählte, besonders schutzbedürftige Personen, für deren Auswahl ein mit der deutschen Werte- und Gesellschaftsordnung vereinbarer kultureller und religiöser Hintergrund ein wichtiges Kriterium ist" (S. 88-90).

### *Grenzsicherung, Rückführungen, Asyl*

Die Grenzen Deutschland will die AfD umfassend sichern – auch durch physische Barrieren wie Grenzzäune. Um illegale Migration zu bekämpfen, möchte sie den Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei "auf 50 km an den Landgrenzen und im Seebereich auf 80 km ausweiten".<sup>13</sup> Zuwanderungskontingente etwa im Rahmen von Resettlement lehnt die AfD ab, ebenso die Aufnahme von aus Seenot geretteten Migrant:innen. Auch den Familiennachzug zu Flüchtlingen will sie abschaffen, dafür aber die Liste der sicheren Herkunftsstaaten ausweiten und Asylverfahren nur noch dann eröffnen, wenn Identität und Staatsangehörigkeit nachgewiesen sind. Eine Asylverfahrensberatung soll nach den Vorstellungen der AfD nur noch von staatlichen Stellen geleistet werden dürfen.<sup>14</sup> Während des Asylverfahrens sollen Asylbewerber:innen nicht arbeiten dürfen und ausschließlich Sachleistungen erhalten.<sup>15</sup> Abgelehnte Asylbewerber:innen will die AfD ebenfalls mit einem Arbeitsverbot belegen und ihnen nur Sachleistungen gewähren. Allerdings soll für "Rückkehrpflichtige" die Möglichkeit einer "handwerklich-praktischen Grundbildung" bestehen, die bei einer Existenzgründung im Herkunftsland helfe und zu dessen Wiederaufbau beitrage. Zwar will die AfD die freiwillige Rückkehr fördern, setzt sich aber gleichzeitig für eine "Abschiebeoffensive"

---

jüngerer Zeit zeichnen sich Tendenzen der migrationspolitischen Öffnung ab: 2010 wurde ein Punktesystem zur Einwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte beschlossen, das 2014 gesetzlich festgeschrieben wurde. Sie können nach einjährigem Aufenthalt ein unbefristetes Aufenthaltsrecht erhalten. 2017 beschloss das Kabinett eine Strategie, wonach bis Ende 2022 20.000 Hochqualifizierte angeworben werden sollten. 2019 führte die Regierung Visa für Arbeitskräfte mit niedrigem und mittlerem Qualifikationsniveau ein. Innerhalb von fünf Jahren sollten so 345.000 ausländische Arbeitskräfte in Japan aufgenommen werden. Der Ausländeranteil an Japans Gesamtbevölkerung ist innerhalb von 30 Jahren von 0,85 Prozent (1990) auf 1,63 Prozent (2010) und 2,32 Prozent (2019) gestiegen. Japan setzt dabei auf eine restriktive Maßnahme zur Durchsetzung der Ausreisepflicht jener ausländischen Staatsangehörigen, die keine Genehmigung (mehr) haben, sich im Land aufzuhalten: Ausreisepflichtige Ausländer:innen, die Japan nicht verlassen, werden inhaftiert. Dasselbe gilt für abgelehnte Asylbewerber:innen. Die Schutzquoten sind extrem niedrig. 2019 erkannten Japans Behörden nur 0,6 Prozent der Asylbewerber:innen als Flüchtlinge an; insgesamt erhielten 101 Personen einen Schutzstatus bzw. das Recht, sich weiterhin in Japan aufzuhalten. Einen Überblick über Japans Migrationspolitik gibt zum Beispiel Nami Theam Ohnishi (2018): Migrationssteuerung in Japan. Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik 10/2018. Außerdem Daisuke Akimoto (2021): Japan's Changing Immigration and Refugee Policy. The Diplomat, 12. März. <https://thediplomat.com/2021/03/japans-changing-immigration-and-refugee-policy/> (Zugriff: 16.07.2021). Eine statistische Übersicht sowie einen Überblick über migrationspolitische Entwicklungen bietet Japans Agentur für Einwanderungsfragen (Immigration Services Agency of Japan: [http://www.moj.go.jp/isa/policies/policies/03\\_00003.html](http://www.moj.go.jp/isa/policies/policies/03_00003.html) ; Zugriff: 21.07.2021).

<sup>13</sup> Bislang darf die Bundespolizei bis zu 30 Kilometer nach der Grenzen noch Kontrollen im Bundesgebiet durchführen (siehe Bundespolizei: Kontrollen im Grenzraum: [https://www.bundespolizei.de/Web/DE/01Sicherheit-Reisen/02Mit-Zug-Auto-Bus-Taxi/01Kontrollen-im-Grenzraum/Kontrollen-im-Grenzraum\\_node.html](https://www.bundespolizei.de/Web/DE/01Sicherheit-Reisen/02Mit-Zug-Auto-Bus-Taxi/01Kontrollen-im-Grenzraum/Kontrollen-im-Grenzraum_node.html) ; Zugriff: 21.07.2021).

<sup>14</sup> Derzeit wird Asylverfahrensberatung sowohl durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) durchgeführt (Grundlage: Zweites Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht; in Kraft seit August 2019) als auch von nichtstaatlichen Akteuren wie zum Beispiel Wohlfahrtsverbänden.

<sup>15</sup> Asylbewerber:innen, Geduldete, ausreisepflichtige Personen und Menschen, denen ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht aus humanitären Gründen zugesprochen worden ist, erhalten zur Deckung ihrer grundlegenden Bedürfnisse des täglichen Lebens Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. In den Erstaufnahmeeinrichtungen sollen diese vorrangig durch Sachleistungen gedeckt werden; das sog. Taschengeld kann aber auch als Bargeldleistung ausgezahlt werden. Außerhalb dieser Einrichtungen werden Geldleistungen erbracht.

ein sowie eine "nationale und supranationale 'Remigrationsagenda'". Abschiebungen sollen in die Hände der Bundespolizei gelegt werden, die die AfD mit entsprechenden Kompetenzen und Personal ausstatten will.<sup>16</sup> Für Abschiebungen sollen auch Transportflüge der Bundeswehr genutzt werden.<sup>17</sup> Die Verhinderung von Abschiebungen will die Partei zum Straftatbestand erklären. Grundsätzlich soll eine Ausweisung bereits bei geringer Kriminalität möglich sein. Ausländische Straftäter:innen will die AfD im Ausland unterbringen und dafür Vollzugsanstalten in heimatnahen Staaten einrichten, die unter deutscher Leitung stehen und in denen deutsches Recht angewendet wird. Gefährder:innen sollen so lange in Haft genommen werden können, "wie sie im Inland sind und von ihnen eine erhebliche Gefahr für die Allgemeinheit ausgeht" (S. 75-77, S. 90-94).

Die AfD setzt sich dafür ein, dass anerkannte Asylbewerber:innen erst nach zehnjährigem Aufenthalt eine Niederlassungserlaubnis erhalten.<sup>18</sup> Außerdem sollen sie nicht mehr automatisch Anspruch auf Sozialleistungen haben; stattdessen möchte die AfD die Leistungsgewährung an Voraussetzungen wie Deutschkenntnisse koppeln. Darüber hinaus schlägt die Partei vor, eine Steuer auf Rücküberweisungen zu erheben, da sie die Möglichkeit, dass Migrant:innen Geld in ihre Herkunftsländer schicken, als "eines der Hauptmotive für die gegenwärtige Massenmigration nach Deutschland und Europa" betrachtet (S. 75, S. 94f.).

#### *Gemeinsames Europäisches Asylsystem*

Die AfD ist überzeugt, dass Deutschland seine migrationspolitische Souveränität an die EU verloren und durch den Beitritt zu internationalen Vereinbarungen eingebüßt habe, "die allesamt eine linksextreme 'One-world-Utopie'" verfolgten. Daher will sie die Vergemeinschaftung im Asyl- und Aufenthaltsrecht rückgängig machen und den von der EU-Kommission angestrebten Migrationspakt verhindern. Die Partei stellt sich gegen ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) mit festen Aufnahmequoten. Allerdings soll die europäische Grenzschutzagentur Frontex weiterhin für die Sicherung der europäischen Außengrenzen verantwortlich sein. Sowohl den UN-Migrationspakt als auch den UN-Flüchtlingspakt will die AfD aufkündigen (S. 95f.).

---

<sup>16</sup> Welche Akteure mit welchen Aufgaben an Abschiebungen beteiligt sind, unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland. In der Regel werden Abschiebungen von den rund 600 lokalen Ausländerbehörden angeordnet; den Transport zum Flughafen übernimmt dann die Landespolizei, die die Abzuschiebenden am Flughafen der Bundespolizei übergibt.

<sup>17</sup> Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags merkten 2015 in einer Ausarbeitung zu "[Amtshilfe der Bundeswehr bei Abschiebungen durch Bereitstellung von Transportflugzeugen und Luftfahrzeugführer](#)" verfassungsrechtliche Bedenken an, da das Grundgesetz hohe Hürden für die über rein technische Unterstützung hinausgehende Amtshilfe der Bundeswehr setze: "Im Wege einer strengen Aufgabentrennung zwischen vollziehender Gewalt, die den Polizeikräften vorbehalten bleiben soll, und Verteidigung soll aus historischen Gründen eine Militarisierung von Polizeiaufgaben und die Bildung militärischer Polizeieinheiten verhindert werden" (S. 5).

<sup>18</sup> Aktueller Stand: Ausländer:innen, denen eine Asylberechtigung oder der Flüchtlingsstatus zugesprochen wurde, können unter bestimmten Bedingungen nach fünfjährigem Aufenthalt in Deutschland eine Niederlassungserlaubnis erhalten; beherrschen sie die deutsche Sprache (Niveau C1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen) und können sie ihren Lebensunterhalt überwiegend selbst sichern, ist dies bereits nach drei Jahren der Fall. Subsidiär Schutzberechtigte und Asylbewerber:innen, für die ein Abschiebungsverbot erteilt wurde, können nach fünfjährigem Aufenthalt in Deutschland eine Niederlassungserlaubnis erhalten. Voraussetzungen sind unter anderem die überwiegende Sicherung des Lebensunterhalts und ausreichende Deutschkenntnisse (Niveau B1). Mehr Informationen: <https://www.bamf.de/DE/Themen/AsylFluechtlingsschutz/AblaufAsylverfahrens/Ausgang/Aufenthaltserlaubnis/aufenthaltserlaubnis-node.html> (Zugriff: 21.07.2021).

### *Integration*

Bei der Integration sieht die AfD die Zuwanderer:innen in der Pflicht. Vor allem der Erwerb von Deutschkenntnissen sei unverzichtbar und soll bei qualifizierten Zugewanderten bis zum Sprachniveau B2 unterstützt werden. Ausländisches Personal im Gesundheitswesen soll Deutschkenntnisse mindestens auf Niveau C1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens vorweisen; ihre Qualifikationen müssen deutschen Standards entsprechen. "Migrantenquoten" lehnt die AfD ab. Außerdem spricht sie sich dafür aus, dass Kopftuch als "religiös-politisches Zeichen" im öffentlichen Dienst zu verbieten; in öffentlichen Schulen solle es weder Lehrerinnen noch Schülerinnen gestattet sein, Kopftuch zu tragen. Bekenntnisorientierten Islamunterricht an Schulen lehnt die AfD ab. EU-Ausländer:innen sollen nach dem Willen der Partei erst dann Zugang zu Leistungen der Grundsicherung erhalten, wenn sie "über einen angemessenen Zeitraum" eine existenzsichernde Tätigkeit in Deutschland ausgeübt haben. Grundsicherungsleistungen sollen zugewanderten Unionsbürger:innen im Anschluss bzw. nach Bezug von Arbeitslosengeld zudem nur maximal ein Jahr lang zustehen. Kindergeld für im Ausland lebende Kinder von Eingewanderten soll nur noch in Höhe der dort üblichen Sätze gezahlt werden (S. 98, S. 105, S. 116, S. 142, S. 150).

### *Einbürgerung*

Mit Blick auf die Möglichkeiten der Einbürgerung will die AfD zum Abstammungsrecht (*ius sanguinis*) zurückkehren und das mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 eingeführte Geburtsortprinzip (*ius soli*) wieder abschaffen. Es soll zudem keine Anspruchseinbürgerung mehr geben<sup>19</sup>; die Fristen zur Ermessenseinbürgerung möchte die AfD anheben.<sup>20</sup> Bei schwerer Kriminalität wie zum Beispiel der Mitgliedschaft in Terrororganisationen oder kriminellen Clans soll die deutsche Staatsangehörigkeit darüber hinaus bis zu zehn Jahre nach der Einbürgerung wieder aberkannt werden können (S. 75f., S. 98).

*(Wahlprogramm der AfD mit dem Titel "Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag" (103 Seiten) abrufbar unter: <https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2021/05/2021-05-20--AfD-Bundestagswahlprogramm-2021.pdf>)*

## **FDP**

Für die Freien Demokraten zählen Einwanderung und Flucht zu den "Herausforderungen unserer Zeit", die es zu bewältigen gelte. Sie bekennen sich dazu, dass Deutschland ein Einwanderungsland

---

<sup>19</sup> Derzeit haben eingewanderte ausländische Staatsangehörige einen Anspruch auf eine Einbürgerung in Deutschland, wenn sie verschiedene Voraussetzungen erfüllen. Sie müssen beispielsweise seit mindestens acht Jahren in Deutschland leben, ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzen, über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, straffrei sein und ihren Lebensunterhalt ohne Rückgriff auf Sozialhilfe und "Hartz IV" sichern können. Weitere Informationen: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/die-anspruchseinbuengerung-456774> (Zugriff: 21.07.2021)

<sup>20</sup> Ermessenseinbürgerungen sind nach aktueller Rechtslage in der Regel nach acht Jahren Aufenthalt in Deutschland möglich; bei anerkannten Flüchtlingen und Staatenlosen kann sie auch nach sechs Jahren erfolgen; liegt die Einbürgerung in besonderem öffentlichen Interesse, können kürzere Aufenthaltszeiten gelten. Weitere Informationen: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/die-ermessenseinbuengerung-460670> (Zugriff: 21.07.2021).



ist, wo es klare Regeln für die Einwanderung geben müsse, die sich "nach eigenen Interessen" richten.

### *Einwanderungsrecht*

Die FDP möchte ein Einwanderungsrecht "aus einem Guss" schaffen, das Humanität und Ordnung verbindet. Dazu strebt die Partei ein Zwei-Säulen-System zur Steuerung der Arbeitsmigration an, das neben der Blauen Karte EU, die die Freien Demokraten zukünftig auf nicht-akademische Fachkräfte ausweiten wollen, auch eine sogenannte "Chancenkarte" umfasst. Diese soll ein "Punktesystem nach kanadischem Vorbild" einführen<sup>21</sup>, über das Arbeitskräfte auch ohne ein vorliegendes Arbeitsplatzangebot nach Deutschland kommen können, um sich hier einen Job zu suchen. Als Einwanderungskriterien, die das Punktesystem berücksichtigen soll, zählt die FDP unter anderem Bildungsgrad, Deutschkenntnisse, Berufserfahrung und Fachkräftebedarf am Arbeitsmarkt (S. 76).

Die Freien Demokraten wollen zwar weiterhin klar zwischen Flucht und Einwanderung unterscheiden, setzen sich aber dennoch für einen "Spurwechsel" ein, also die Möglichkeit, dass Geflüchtete eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Erwerbstätigkeit erhalten können – im Sinne des genannten Zwei-Säulen-Modells also entweder eine Blaue Karte EU oder eine Chancenkarte. Wer arbeitet oder sich durch Ausbildung bzw. Studium qualifiziert, soll nach dem Willen der FDP zukünftig nicht mehr ausgewiesen werden. Grundsätzlich möchten die Freien Demokraten zukünftig zwischen politisch Verfolgten, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen sowie dauerhaften Einwanderer:innen unterscheiden. Um das Asylsystem zu entlasten, sollen als Kriegsflüchtlinge eingestufte Menschen humanitären Schutz erhalten, der auf die Dauer des Krieges begrenzt ist und nach erfolgter Identitätsfeststellung unkompliziert gewährt werden kann. Für alle den Schutzstatus betreffenden Fragen und die Aufenthaltsbeendigung soll der Bund zuständig sein. Die Bundesländer sollen sich hingegen auf die Integration konzentrieren. Für Menschen, die aus religiösen Gründen oder wegen ihrer sexuellen Identität verfolgt werden, möchte die FDP sichere Verfahren und Unterbringung einrichten. Schutzsuchende aus sicheren Herkunftsländern sollen eine "besondere Rechtsberatung" erhalten (S. 76).

### *Gemeinsames Europäisches Asylsystem*

In der EU möchten sich die Freien Demokraten dafür einsetzen, das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) weiterzuentwickeln, wobei sie vor allem eine verbindliche Verteilung von Schutzsuchenden mit Bleibeperspektiven unter den EU-Mitgliedstaaten anstreben. Im Reformprozess, der in den vergangenen Jahren ins Stocken geraten sei, soll Deutschland mit einer "Koalition der Willigen" vorangehen. EU-Staaten, die sich nicht an der Aufnahme von Schutzsuchenden beteiligen, sollen Zuwendungen aus dem EU-Haushalt gekürzt werden. Diese Gelder sollen stattdessen zur Finanzierung der Kosten der Flüchtlingsaufnahme verwendet werden. Die FDP schlägt vor, dass der EU-Staat, dem ein Schutzsuchender zugeordnet wurde, acht Jahre lang für ihn zuständig bleibt. Außerdem möchte sie Rücküberstellungen erleichtern und durchsetzen, dass Hilfeleistungen für Schutzsuchende nur in dem für sie zuständigen EU-Staat ausgezahlt werden. In

---

<sup>21</sup> Fachkräfte können nach Kanada einwandern, wenn sie im Rahmen eines Auswahlverfahrens eine bestimmte Punktzahl erreichen. Bei der Punktvergabe werden Faktoren wie Sprachkenntnisse, Bildungsniveau, Berufserfahrung, Alter, Vorliegen eines Jobangebots aus Kanada und Anpassungsfähigkeit berücksichtigt. Der Großteil der Einwanderung nach [Kanada](#) erfolgt allerdings nicht über das Punktesystem, sondern über Einwanderungskategorien, die diesem System nicht unterliegen.

allen EU-Mitgliedsländern müsse dabei ein europäisches Mindestniveau gelten. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen dazu beitragen, Weiterwanderungen in andere EU-Staaten – die sogenannte Sekundärmigration – zu verhindern (S. 77).

Darüber hinaus wollen sich die Freien Demokraten für sichere Fluchtwege einsetzen und dafür im europäischen Recht "eindeutige Regelungen" verankern: Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, Asylanträge im Ausland in den Botschaften von EU-Mitgliedstaaten zu stellen. Wenn ersichtlich ist, dass Leib und Leben der antragstellenden Person "ernsthaft oder konkret gefährdet sind", soll ein humanitäres Visum erteilt werden.<sup>22</sup> Die Freien Demokraten unterstützen einen schnelleren Ausbau der europäischen Grenzschutzagentur Frontex auf eine Personalstärke von 10.000 Beamtinnen und Beamten, auf die sich die EU-Mitgliedstaaten bereits geeinigt haben. Dieser müsse allerdings von einer "strukturellen Reform sowie einer Erweiterung von Kontroll- und Transparenzmechanismen" begleitet werden. Menschenrechtsverletzungen wie "Pushbacks" müssten aufgearbeitet und verhindert werden. Frontex soll nach dem Willen der FDP auch einen Auftrag zur Seenotrettung erhalten. Private Organisationen, die sich für die Seenotrettung engagieren, dürften nicht behindert werden (S. 77).

### *Integration*

Die Freien Demokraten fordern ein integrationspolitisches Leitbild, das auf dem Grundgesetz basiert und die "Prinzipien Weltoffenheit, Toleranz und Eigenverantwortung als Grundlage der Integration" betont. Eingewanderten sollen Integrationsleistungen abverlangt, gleichzeitig ihre Integration aber auch gefördert werden, beispielweise durch kostenlose Sprach- und Integrationskurse, den Abbau bürokratischer Hürden unter anderem beim Arbeitsmarktzugang von Asylantragstellenden und der Einführung von "Integrationspaten nach kanadischem Vorbild".<sup>23</sup> Für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und Qualifikationen soll zukünftig eine bundesweit zuständige Anerkennungsstelle verantwortlich sein (S. 76).

Zusammen mit Partnerländern will die FDP Strategien entwickeln, um vor Ort Fachkräfte anzuwerben, die durch Sprach- und Vorbereitungskurse bereits vor der Einreise auf das Leben in Deutschland vorbereitet werden sollen. Eingewanderte sollen sich bereits nach vier Jahren Aufenthalt in Deutschland einbürgern lassen können, wobei die Freien Demokraten die Möglichkeit

---

<sup>22</sup> Ein humanitäres Visum, ist ein Visum, das zu humanitären Zwecken durch eine nationale Botschaft im Ausland ausgestellt wird und die legale Einreise in den jeweiligen Staat gewährleistet. So könnten beispielsweise Asylsuchende legal nach Deutschland einreisen, um hier ein Asylverfahren zu durchlaufen. Bislang sind die meisten Asylsuchenden gezwungen, illegal bis nach Deutschland zu gelangen, um dann an der Grenze oder im Inland ein Asylgesuch vorzubringen. Anfang [März 2017](#) urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass EU-Mitgliedstaaten zwar freiwillig humanitäre Visa ausstellen können, dies aber nicht tun müssen. Das EU-Parlament legte daraufhin einen [Vorschlag](#) für ein neues humanitäres Visa-System der EU vor.

<sup>23</sup> Die kanadische Integrationspolitik ist in den letzten Jahrzehnten zunehmend dezentralisiert worden. Im Rahmen des Settlement Program fördert die Regierung lokale Initiativen, die die Integration von Eingewanderten unterstützen, etwa, indem Integrationspaten oder -mentoren (Einzelpersonen oder ganze Familien) Eingewanderte auf Behördengängen begleiten, zur Schule oder auch zum Jobinterview. Der Gedanke dahinter: Neuankömmlinge sollen nicht sich selbst überlassen werden, sondern direkt Kontakt zur aufnehmenden Gesellschaft haben. Integration wird dabei als Prozess verstanden, in den alle Bürger:innen eingebunden sind. Der gegenseitige Austausch soll Lernprozesse auf beiden Seiten fördern und dazu beitragen, dass sich alle mit der Einwanderungsgesellschaft identifizieren.

der Mehrstaatigkeit im Staatsangehörigkeitsrecht verankern wollen<sup>24</sup> – allerdings mit einem Generationenschnitt: Ab der Generation der Enkel der Eingebürgerten sollten sich die Menschen bis auf Ausnahmen wie Unionsbürger:innen für eine einzige Staatsangehörigkeit entscheiden müssen.<sup>25</sup> Die Einbürgerungsurkunden sollen in Einbürgerungsfeiern übergeben werden, für deren flächendeckende Einführung sich die Freien Demokraten einsetzen wollen.<sup>26</sup> Der Erwerb einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis (Niederlassungserlaubnis) sollte bei Erfüllung bestimmter Bedingungen wie der eigenständigen Sicherung des Lebensunterhalts bereits nach drei Jahren möglich sein (S. 78f.).<sup>27</sup>

*(Wahlprogramm der FDP mit dem Titel "Nie gab es mehr zu tun. Das Wahlprogramm der Freien Demokraten" (91 Seiten) abrufbar unter: [https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP\\_Programm\\_Bundestagswahl2021\\_1.pdf](https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP_Programm_Bundestagswahl2021_1.pdf))*

## DIE LINKE

Die Linke setzt sich ein für einen "grundlegenden Politikwechsel – in Richtung globale Bewegungsfreiheit, gleiche Rechte für alle und einer solidarischen Einwanderungsgesellschaft". Sie möchte die Zuständigkeit für Migration und Integration statt im Bundesinnenministerium lieber in einem Bundesministerium für Migration und Partizipation verorten und fordert ein "solidarisches Einwanderungsrecht, das sich nicht mehr am Maßstab von Herkunft oder ökonomischer Verwertbarkeit orientiert" (S. 113-116).

### *Arbeitsmigration*

Die Linke will ausländische Fachkräfte nicht gezielt anwerben, sondern bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen sowie Bezahlung für alle in Deutschland lebenden Menschen durchsetzen. In

---

<sup>24</sup> Bislang sieht das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht vor, dass Ausländer:innen, die sich einbürgern lassen wollen, in der Regel ihre alte Staatsangehörigkeit aufgeben müssen. Es gilt also der Grundsatz, dass Mehrstaatigkeit vermieden werden soll. Ausgenommen sind insbesondere Bürger:innen anderer EU-Mitgliedsländer sowie der Schweiz. Für viele Eingewanderte bedeutet der Zwang zur Aufgabe der Staatsangehörigkeit ihres Herkunftslandes eine hohe Hürde, die sie davon abhält, die deutsche Staatsangehörigkeit zu beantragen und damit volle Rechte als Staatsbürger:innen zu erhalten.

<sup>25</sup> Wie ein Modell der Mehrfachstaatsangehörigkeit mit Generationenschnitt aussehen könnte, hat der Sachverständigenrat für Integration und Migration bereits 2017 in einem Positionspapier vorgestellt: [https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2017/08/SVR\\_Position\\_Doppelpass.pdf](https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2017/08/SVR_Position_Doppelpass.pdf) (Zugriff: 21.07.2021).

<sup>26</sup> Einbürgerungsfeiern sind ein bislang optionales Ritual, das aber in den letzten Jahren fast flächendeckend in Städten und Landkreisen eingeführt wurde. Sie finden teilweise anlässlich der Übergabe der Einbürgerungsurkunden statt, teilweise aber auch erst danach. Mit Reden, Musik und einem Imbiss werden die Neubürger:innen symbolisch als zugehörig willkommen geheißen. Eine Auseinandersetzung mit Einbürgerungsfeiern bietet Maria Jakob (2020): Einbürgerungsfeiern in Deutschland: Die symbolische Dekonstruktion nationaler Zugehörigkeit. Berliner Journal für Soziologie 29, S. 299-325. <https://link.springer.com/article/10.1007/s11609-020-00399-2#author-information> (Zugriff: 22.07.2021).

<sup>27</sup> Die Aufenthaltszeiten, die vorausgesetzt werden, damit Eingewanderte eine Niederlassungserlaubnis erhalten können, sind sehr unterschiedlich. Hochqualifizierte Fachkräfte können im Einzelfall bereits von Beginn ihres Aufenthalts in Deutschland an eine [Niederlassungserlaubnis erhalten](#), Flüchtlinge und Asylberechtigte in der Regel erst nach fünf Jahren. Zusätzlich zur Mindestaufenthaltsdauer in Deutschland müssen weitere Voraussetzungen erfüllt sein, um ein unbefristetes Aufenthaltsrecht zu erwerben, etwa ausreichende Deutschkenntnisse und der Nachweis eines Arbeitsplatzes.

diesem Kontext möchte sie sich auch für eine bessere Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und Qualifikationen einsetzen. Zudem fordert die Linkspartei, dass sich Deutschland "für die Rechtsverbindlichkeit des internationalen ILO-Übereinkommens zum Schutz der globalen Wanderarbeitnehmer\*innen<sup>28</sup>" engagiert. Globale Rekrutierungsagenturen im Bereich der Arbeitsmigration sollen nur noch lizenziert arbeiten dürfen und mit transparenten Verträgen, wobei Arbeitgeber die Anwerbegebühren tragen sollen (S. 113, S. 140).<sup>29</sup>

Ausländische Saisonarbeitskräfte und aus dem Ausland entsendete Beschäftigte sollen verglichen mit Einheimischen gleiche Löhne für gleiche Arbeit erhalten. Zudem will die Linke Arbeitgeber zur elektronischen Zeiterfassung verpflichten, um Lohnbetrug zu vermeiden. Die Kosten für vom Arbeitgeber gestellte Unterkünfte sollen klar begrenzt und in der Lohnabrechnung transparent dargestellt werden. Regelmäßige Kontrollen der Aufsichtsbehörden sollen die Einhaltung der Hygienestandards in den Unterkünften sicherstellen.<sup>30</sup> Außerdem möchte die Linke durchsetzen, dass eine Kündigung nicht zum Verlust des Aufenthaltsstatus führt (S. 20).

Um die Rechte von Beschäftigten in Privathaushalten zu stärken, setzt sich die Linke dafür ein, dass die sie entsendenden Agenturen zertifiziert werden und diese Tarifverträge, eine Mindeststundenzahl, unbefristete Arbeitsverhältnisse und Arbeitsschutz garantieren müssen. Beschäftigten ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis möchte die Linke die Möglichkeit zur Legalisierung eröffnen (S. 20).

Insgesamt streben die Linken Legalisierungs- und Bleiberechtsregelungen für alle Menschen ohne oder mit unsicherem Aufenthaltsstatus an und möchten ihnen "einen sicheren Zugang zu Bildung, Gesundheit und arbeitsrechtlichem Schutz vor Ausbeutung schaffen". Abschiebungen lehnt die Partei ab (S. 113).

### *Flucht und Asyl*

Die Definition der politischen Verfolgung findet die Linke "zu eng". Sie möchte auch Armuts-, Umwelt- und Klimaflüchtlingen verbindliche Flüchtlingsrechte gewähren. Außerdem setzt sie sich für humanitäre Visa, die Aufstockung von Resettlement-Kontingenten und die Aufhebung des Visumszwangs für Schutzsuchende ein. Abschaffen will sie hingegen das Asylbewerberleistungsgesetz. Vielmehr sollen Asylbewerber:innen und in Deutschland lebende EU-Staatsangehörige in die von ihr angestrebte "individuelle Mindestsicherung" einbezogen werden, die die Linke auf monatlich 1.200 Euro beziffert. Bildungs- und Integrationsangebote möchte die Linke unabhängig vom aufenthaltsrechtlichen Status gewähren. Geflüchtete sollen kostenlose Sprachkurse

---

<sup>28</sup> Hier ist nicht eindeutig klar, welches ILO-Abkommen gemeint ist, da es mehrere ILO-Konventionen zu Wanderarbeiter:innen gibt, u.a. von 1949 und 1975. Oder ist gar die UN-Wanderarbeitnehmerkonvention gemeint, welche aber von Deutschland sowie den meisten Aufnahmeländern von (Arbeits-)Migrant:innen nicht ratifiziert worden ist?: <https://www.ilo.org/global/topics/labour-migration/standards/lang--en/index.htm>

<sup>29</sup> Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) kritisiert regelmäßig, dass Agenturen, die weltweit Arbeitsmigrant:innen vermitteln, häufig intransparent arbeiten, falsche Versprechen hinsichtlich Löhnen geben und Bestimmungen zur Arbeitssicherheit nicht einhalten. Das trifft auch auf viele Agenturen zu, die beispielsweise Pflegekräfte in deutsche Privathaushalte vermitteln. Informationen zur "ILO Fair Recruitment Initiative Strategy 2021-2025" bietet die Website der Fair Recruitment Initiative: <https://www.ilo.org/global/topics/fair-recruitment/lang--en/index.htm> (Zugriff: 06.08.2021).

<sup>30</sup> Prekäre Arbeitsbedingungen von ausländischen Arbeitskräften sind im Zuge der Corona-Pandemie vor allem mit Blick auf die Beschäftigung in der Fleischindustrie öffentlich diskutiert worden. Hintergründe bietet der Beitrag von Peter Birke über [Migration und Arbeit in der Fleischindustrie](#).

besuchen können, dezentral untergebracht werden und unabhängig vom Aufenthaltsstatus Zugang zu "barrierefreier" Gesundheitsversorgung haben. Für die Behandlung von Menschen ohne Absicherung möchten die Linken einen bundesweiten Härtefonds und einen anonymen Krankenschein einführen. Darüber hinaus wollen sie im Rahmen medizinischer Leistungen einen gesetzlichen Anspruch auf Dolmetscher:innen-Leistungen einführen. In Flüchtlingsunterkünften soll es abschließbare sanitäre Einrichtungen und Schutzzonen geben (S. 26f., S.106, S. 109, S.113-116).<sup>31</sup>

Um die Qualität der Asylprüfungen zu verbessern, möchte die Linke eine "flächendeckende unabhängige Asylverfahrensberatung" durchsetzen, die durch öffentliche Gelder finanziert wird. Die behördliche Speicherung personenbezogener Daten – etwa im Ausländerzentralregister – soll nach Ansicht der Linken "auch für Geflüchtete der Verhältnismäßigkeit und dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung entsprechen." Pauschale Asylwiderrufsprüfungen<sup>32</sup> lehnt die Linkspartei ab. Hingegen möchte sie subsidiär Schutzberechtigten ein uneingeschränktes Recht auf Familiennachzug gewähren; unbegleitete minderjährige Geflüchtete sollen das Recht auf Geschwisternachzug erhalten. Geflüchtete oder migrierte Frauen, die Gewalt in der Partnerschaft erfahren, sollen der Istanbul-Konvention entsprechend einen von ihrem Ehemann unabhängigen Aufenthaltstitel erhalten (S. 96, S. 105, S. 116).<sup>33</sup>

Die Linken fordern, Verfolgung von LSBTIQA\*<sup>34</sup> in der Praxis als Fluchtgrund anzuerkennen.<sup>35</sup> Sie sprechen sich für die flächendeckende Einrichtung von Fachstellen für LSBTIQA\*-Geflüchtete aus, die

---

<sup>31</sup> In Gemeinschaftsunterkünften, in denen Flüchtlinge untergebracht werden, leben viele Menschen auf engem Raum zusammen. Das führt häufig zu Aggressivität untereinander. Insbesondere für geflüchtete Frauen, aber auch LSBTIQ-Personen besteht die Gefahr, Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt zu werden und beispielsweise sexuelle Belästigung zu erfahren. Durch die hohe Fluchtzwanderung 2015 hat das Thema an Aufmerksamkeit gewonnen. Es wurde festgestellt, dass der Gewaltschutz in Flüchtlingsunterkünften in Deutschland Defizite aufweist (siehe dazu z.B. Heike Rabe (2015): [Effektiver Schutz vorgeschlechtsspezifischer Gewalt - auch in Flüchtlingsunterkünften](#). Policy Paper, Deutsches Institut für Menschenrechte). 2016 riefen das Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) und das UN-Kinderhilfswerk UNICEF die [Bundesinitiative "Schutz von Geflüchteten in Flüchtlingsunterkünften"](#) ins Leben und entwickelten unter anderem Vorschläge für "Mindeststandards zum Schutz von Geflüchteten in Flüchtlingsunterkünften". Gefördert werden seit 2019 zudem die Einrichtung einer dezentralen Beratungs- und Unterstützungsstruktur für Gewaltschutz in Flüchtlingsunterkünften sowie ein Monitoring zur Beobachtung und Evaluierung von Gewaltschutzkonzepten in solchen Einrichtungen. Mehr Informationen zu diesen Initiativen bietet die Website des BMFSFJ: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/engagement-und-gesellschaft/fluechtlingspolitik-und-integration/schutzkonzepte-fluechtlingsunterkuenfte/schutz-gefluechteter-menschen-in-fluechtlingsunterkuenften-112896> (Zugriff: 09.08.2021). Gewalt in Flüchtlingsunterkünften ist darüber hinaus Thema eines 2016 auf bpb.de erschienenen [Interviews mit Kriminaloberrat Oliver Malchow](#).

<sup>32</sup> Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist dazu verpflichtet, im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens spätestens drei Jahre nach einer unanfechtbaren Entscheidung über einen Asylantrag zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die im Asylverfahren erteilte Schutzform (Asylberechtigung, Flüchtlingseigenschaft, subsidiärer Schutz, Abschiebungsverbot) weiterhin Bestand haben. Wenn beispielsweise eine Verfolgungssituation im Herkunftsland nicht mehr besteht und die geflüchtete Person ohne Gefahr wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren könnte, muss das BAMF die gewährte Schutzform widerrufen. Weitere Informationen sowie Zahlen zu erfolgten Widerrufsverfahren finden sich z.B. in der vom BAMF herausgegebenen Publikationsreihe ["Das Bundesamt in Zahlen"](#).

<sup>33</sup> Zur Istanbul-Konvention (offiziell: Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt) und den von Deutschland bei der Ratifikation vorgenommenen Einschränkungen hinsichtlich der Gewährung eines vom Ehemann unabhängigen Aufenthaltsrechts für Frauen, die häusliche Gewalt erfahren haben, siehe auch: Maria Wersing, Ulrike Lembke, Ulrike Spangenberg (2020): Rücknahme des Vorbehalts zu Artikel 59 der Istanbul-Konvention. Themenpapier 20-12, Deutscher Juristinnenbund, 13. Februar. <https://www.djb.de/presse/stellungnahmen/detail/st20-12> (Zugriff: 05.08.2021).

<sup>34</sup> Lesbische, schwule, bisexuelle, trans\*, intergeschlechtliche, queere und asexuelle Personen.

zu Asylverfahren und Aufenthaltsrecht beraten; außerdem sollen für diese Personengruppe Möglichkeiten psychologischer Beratung geschaffen werden (S. 109, S. 116).

Kommunen will die Linkspartei bei der Flüchtlingsaufnahme mehr Entscheidungsbefugnisse gewähren; so sollen sie etwa Härtefallerlaubnisse anordnen können. Mit einem Fonds für Willkommenskommunen möchte die Linke aufnahmebereite Kommunen und solidarische Städte fördern. Er soll Mittel zur Versorgung und Integration von Geflüchteten sowie zur öffentlichen Daseinsvorsorge bereitstellen. Fluchtursachen möchte die Linke durch die Überwindung globaler Ungerechtigkeiten sowie die Stärkung von Demokratie und sozialen Bewegungen von unten mindern (S. 114-116).

### *Gemeinsame Europäische Asylpolitik*

Die Linke will das Dublin-System überwinden und stattdessen eine "europäische Fluchtumlage zur Verantwortungsteilung" einführen, die die Interessen der Geflüchteten und ihre familiären Bindungen, Sprachkenntnisse und individuellen Umstände berücksichtigt. Länder, die nur wenige Geflüchtete aufnehmen, sollen Ausgleichszahlungen leisten. Aufnahmebereite Länder, Regionen und Städte sollen hingegen mit EU-Mitteln finanziell unterstützt werden. Die Bundesregierung solle dabei in Europa mit einer "Koalition der Willigen" vorgehen. Alle europäischen "Hotspots" möchte die Linke auflösen und stattdessen ein humanitäres Sofortprogramm zur Aufnahme der Menschen auflegen. Schnellverfahren und Inhaftierung von Schutzsuchenden<sup>36</sup> lehnt die Linkspartei ab. Stattdessen setzt sie sich für "einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau" ein. Darüber hinaus fordern die Linken, die europäische Grenzschutzagentur Frontex aufzulösen und durch ein "ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm" zu ersetzen. Instrumente zur Überwachung des Mittelmeers sollen "in den Dienst der Seenotrettung" gestellt werden (S. 115f.).

Einsetzen möchte sich die Linke auch für "legale und sichere Einreisemöglichkeiten in die EU" sowie ein Ende des Flüchtlingsabkommens mit der Türkei der "Zusammenarbeit mit Milizen und Diktatoren in Staaten wie Libyen, Ägypten, Sudan und Marokko". Die Verschränkung von Migrationskontrolle, Grenzschutz und Entwicklungspolitik lehnt die Linke ebenso ab wie Regelungen zu sicheren Drittstaaten oder sicheren Herkunftsländern sowie einen EU-Migrationspakt, der auf "Abschottung, Abschiebung und Entrechtung zielt". Stattdessen will sie sich etwa dafür einsetzen, dass die EU Klimapässe<sup>37</sup> für Personen ausstellt, deren Staaten durch den Klimawandel unbewohnbar werden (S. 115 f., S. 143, S. 152).

---

<sup>35</sup> Geschlechtsspezifische Fluchtgründe sind seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes 2005 im deutschen Recht festgeschrieben und zunehmend anerkannt worden. Nicht zuletzt der Europäische Gerichtshof hat in mehreren Entscheidungen die Rechte von verfolgten LSBTIQ-Personen gestärkt. Aus der Praxis gibt es dennoch regelmäßig Hinweise, dass es an einer Sensibilisierung der am Asylverfahren beteiligten Personen oft fehlt. Das kann dazu führen, dass Betroffenen geschlechtsspezifischer Verfolgung kein Flüchtlingschutz gewährt wird. Weitere Informationen bietet der von Heike Rabe verfasste und 2018 auf bpb.de erschienene Beitrag "[Geschlechtsbezogene Verfolgung – rechtlicher Schutz](#)".

<sup>36</sup> Zu Schnellverfahren in und Funktionsweise von sogenannten Hotspots siehe z.B. den Beitrag von Anna Papoutsis über [aktuelle Entwicklungen der griechischen Flüchtlings- und Asylpolitik](#).

<sup>37</sup> Klimapässe sind unter anderem vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU) vorgeschlagene Ausweisdokumente für Personen, deren Herkunftsländer aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels unbewohnbar werden. Sie sollen den Betroffenen "den Zugang zu und staatsbürgergleiche Rechte in weitgehend sicheren Ländern" ermöglichen (WBGU (2018): [Zeit-gerechte Klimapolitik: Vier Initiativen für Fairness](#). Politikpapier Nr. 9, S. 25.)

### *Teilhabe*

Die Linke setzt auf Teilhabe statt Integration. Eine Teilhabeagenda soll dazu beitragen, dass alle in Deutschland lebenden Menschen "rechtlich, politisch und sozial gleichgestellt werden". Außerdem befürwortet die Linkspartei eine grundlegende Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes sowie die Einführung eines Verbandsklagerechts und die Verankerung einer klaren Arbeitsdefinition von institutionellem und strukturellem Rassismus im Gesetz. Sie fordert ein Bundesantidiskriminierungsgesetz (BDAG) und "eine\*n Antirassismus-Beauftragte\*n mit echten Befugnissen" sowie niedrigschwellige, regelfinanzierte "institutionalisierte Hilfs- und Beratungsstrukturen für Menschen mit Rassismuserfahrungen". Die Linke möchte zudem eine Schutz- und Förderklausel gegen rassistische Diskriminierung ins Grundgesetz (Art. 3) aufnehmen und ein Partizipationsgesetz erlassen, um Menschen mit Rassismuserfahrung besser einzubeziehen. Ein Partizipationsrat, der migrantische Selbstorganisationen einbezieht, soll wichtige Entscheidungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik begleiten. Durch ein Demokratiefördergesetz sollen zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich unter anderem gegen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einsetzen sowie Flüchtlingsräte und migrantische Verbände dauerhaft stärker gefördert werden. Betroffenen rechter Gewalt, die keinen festen Aufenthaltsstatus haben, möchte die Linke ein humanitäres Bleiberecht gewähren.

Darüber hinaus fordert die Linkspartei eine Quote zur Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst und setzt sich für mehr Migrant:innen in Führungsetagen ein (S. 82, S. 113f.).

Für Schulen fordert die Linke mehr Lehrkräfte, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten. Häufig auf Honorarvertragsbasis beschäftigte Lehrkräfte in Sprach- und Integrationskursen sollen feste Stellen und eine an TVÖD angepasste Bezahlung erhalten. Allen geflüchteten und zugewanderten Kindern möchten die Linken zudem eine Erstausrüstung an Schulbedarf zur Verfügung stellen. Außerdem wollen sie zusätzliche Sprach- und Alphabetisierungskurse einrichten und ein Angebot in der Bundesagentur für Arbeit entwickeln, das Informationen zur Berufsausbildungen für Geflüchtete bereitstellt. Zudem möchte die Linkspartei Geflüchteten den Zugang zum Studium erleichtern, etwa, indem mehr Studienplätze angeboten und Bildungsabschlüsse aus dem Ausland leichter anerkannt werden. Politisch verfolgte Wissenschaftler:innen sollen ihre Arbeit an Hochschulen in Deutschland fortsetzen können. Den Verein uni-assist e.V., der Bewerbungen von internationalen Studierenden prüft und über Voraussetzungen für ein Studium in Deutschland informiert, will die Linke in eine vom Bund finanzierte Anstalt des öffentlichen Rechts überführen, um ausländischen Studierenden den Zugang zu deutschen Hochschulen zu erleichtern (S. 48, S. 52f., S. 115).

Alle langfristig in Deutschland lebenden Menschen sollen nach dem Willen der Linken "das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen" erhalten. Kinder und Jugendliche, deren Eltern dauerhaft in Deutschland leben, sollen ein Recht auf die deutsche Staatsangehörigkeit haben und auch die Staatsbürgerschaft der Eltern nicht ablegen müssen (Mehrstaatigkeit). Ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung soll bereits nach fünfjährigem Aufenthalt in Deutschland bestehen (S. 113).

*(Wahlprogramm der Partei die Linke mit dem Titel "Zeit zu handeln: Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit" (155 Seiten) abrufbar unter: [https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE LINKE Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE_LINKE_Wahlprogramm_zur_Bundestagswahl_2021.pdf))*

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Die Grünen fassen ihre migrationspolitischen Ideen primär als gesellschaftspolitische Fragen des Zusammenlebens auf. Sie wollen Einwanderungsthemen aus dem Innenministerium herauslösen und ein Gesellschaftsministerium einrichten, das die verschiedenen gesellschaftlichen Themen, "die die Gleichberechtigung und Teilhabe an der offenen und vielfältigen Gesellschaft betreffen", bündelt (S. 71 sowie Kap. 5 in der Online-Version des Wahlprogramms).

### *Einwanderungsrecht*

Die Grünen unterstützen ein Einwanderungsgesetz, das auch Zuwanderungsmöglichkeiten für Menschen schafft, die keine formalen oder anerkannten Bildungsabschlüsse vorweisen können: Eine auf einem Punktesystem basierende und sich am jährlichen Arbeitskräftebedarf orientierende "Talentkarte" soll dies ermöglichen. Darüber hinaus wollen die Grünen Konzepte zur Arbeitsmigration wie die Westbalkanregelung ausbauen und verstetigen. Außerdem soll Bildungsmigration nach Deutschland durch Stipendien und Ausbildungsvisa erleichtert und die Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsqualifikationen verbessert werden. Zudem wollen die Grünen die Voraussetzungen für ein unbefristetes Aufenthaltsrecht absenken. Auch sollen Migrant:innen nicht mehr automatisch nach sechsmonatigem Aufenthalt im Ausland ihre Aufenthaltserlaubnis verlieren.<sup>38</sup> Ausländische Lebenspartner:innen und Familienangehörige von deutschen Staatsangehörigen ("binationale Familien und Paare") sollen auch ohne verheiratet zu sein unbürokratisch nach Deutschland einwandern dürfen.<sup>39</sup> Für die Beschäftigung von ausländischen Haushaltshilfen fordern die Grünen einen gesetzlichen Rahmen, der sowohl für Carebeschäftigte als auch für den Haushalt, in dem sie arbeiten, Rechte und Pflichten definiert (S. 53, S. 77).

### *Flüchtlingsaufnahme*

Bei der Flüchtlingsaufnahme setzen sich die Grünen für mehr Mitspracherechte von Bundesländern und Kommunen ein. Die Bundesländer sollen sich künftig "über den Königsteiner Schlüssel hinaus selbstständig und frei für die Aufnahme von Geflüchteten entscheiden können". Außerdem wollen sie verstärkt Bundesaufnahmeprogramme einrichten und über Kontingente Geflüchtete aus den EU-

---

<sup>38</sup> Laut Aufenthaltsgesetz ([§ 51 Abs. 1 Nr. 7](#)) erlischt ein Aufenthaltstitel, wenn sich sein:e Inhaber:in länger als sechs Monate im Ausland aufhält. Es gibt allerdings Ausnahmen, etwa für Ausländer:innen, die im Herkunftsland ihren Wehrdienst ableisten. Ausländer:innen, die bereits seit 15 Jahren in Deutschland leben und ihren Lebensunterhalt eigenständig sichern können und bei denen kein Ausweisungsinteresse vorliegt verlieren ihre Niederlassungserlaubnis auch dann nicht, wenn sie sich länger als sechs Monate im Ausland aufhalten.

<sup>39</sup> Bislang ist das Vorliegen eines Trauscheins bzw. einer eingetragenen Lebensgemeinschaft in der Regel Voraussetzung für eine Einwanderung im Zuge des Nachzugs von erwachsenen Ausländer:innen zu Deutschen oder in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen. Partner:innen aus eheähnlichen Lebensgemeinschaften haben – anders als in Ländern wie Südafrika, Kanada oder Australien – keinen Anspruch auf Familiennachzug. Weitere Informationen zum Familiennachzug: <https://www.bamf.de/DE/Themen/MigrationAufenthalt/ZuwandererDrittstaaten/Familie/familie-node.html> (Zugriff: 22.07.2021).



Mitgliedsländern mit Außengrenzen aufnehmen, etwa durch Patenschaftsprogramme nach kanadischem Vorbild (S. 102).<sup>40</sup>

Durch eine ausreichende personelle Ausstattung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und ein funktionierendes Qualitätsmanagement möchten die Grünen Asylverfahren verkürzen. Besondere Schutzbedarfe wie geschlechtsspezifische Verfolgung sollen dabei bereits vor der Anhörung identifiziert werden. Außerdem setzen sich die Grünen für eine nichtstaatliche unabhängige Asylverfahrensberatung von der Ankunft bis zum Abschluss des Asylverfahrens ein. Die Situation von Rom:nja in den jeweiligen Herkunftsländern soll sowohl im Asylverfahren als auch "bei der Prüfung asylunabhängiger Bleiberechte stärker Berücksichtigung finden". Die Zeitspanne, in der Asylbewerber:innen in Erstaufnahmeeinrichtungen leben müssen, wollen sie von derzeit 18 Monaten auf drei Monate verkürzen, das Asylprozessrecht optimieren, das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen und bestehende Arbeitsverbote und Leistungskürzungen aufheben (S. 72, S. 78).<sup>41</sup>

Die Grünen sprechen sich dagegen aus, Staaten als "sichere Drittstaaten" bzw. "sichere Herkunftsländer" festzulegen. Außerdem lehnen sie Zurückweisungen an deutschen Grenzen und Flughafenverfahren<sup>42</sup> ab. Hingegen möchten sie die Zahl der Menschen, die sich von einer Duldung zur nächsten hangeln, "auf null reduzieren". Ihnen soll nach fünf Jahren Aufenthalt ein sicheres Bleiberecht gewährt werden; Kinder, Jugendliche und Familien mit minderjährigen Kindern sollen bereits nach dreijährigem Aufenthalt in Deutschland einen Aufenthaltstitel bekommen können. Für in Deutschland geborene Kinder, deren Identität zwar geklärt ist, die aber keinen Pass des Herkunftslandes der Eltern erhalten können, möchten die Grünen einen Passersatzausweis einführen. Außerdem wollen sie die Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung<sup>43</sup> in Aufenthaltsrechte

---

<sup>40</sup> In Kanada kooperiert die Regierung bei der Aufnahme von Flüchtlingen über das sogenannte Resettlement eng mit der Zivilgesellschaft. Zum einen gibt es private Flüchtlingspatenschaften. Dabei wird die Aufnahme von Flüchtlingen von zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Gruppen von mindestens fünf Kanadier:innen bzw. aufenthaltsberechtigten ausländischen Privatpersonen finanziert. Sie verpflichten sich, mindestens zwölf Monate lang die Kosten für Unterkunft und Versorgung eines Flüchtlings zu tragen und ihn bei der Integration zu unterstützen. Zum anderen kann die Flüchtlingsaufnahme auch im Rahmen von Programmen erfolgen, bei denen die Kosten für die Flüchtlingsaufnahme und -integration von privaten Flüchtlingspat:innen und der Regierung gemeinsam getragen werden.

<sup>41</sup> Vor allem abgelehnten Asylbewerber:innen können Leistungen gekürzt werden, wenn sie bis zu einer festgelegten Frist nicht aus Deutschland ausgereist sind oder ihnen vorgeworfen wird, ihren Mitwirkungspflichten rund um das Asylverfahren (bspw. mit Blick auf die Klärung ihrer Identität) nicht nachgekommen zu sein.

<sup>42</sup> Reisen Ausländer:innen mit dem Flugzeug nach Deutschland ein und äußern bei der Einreise ein Asylbegehren, kann das Asylverfahren im Transitbereich, also noch vor der Entscheidung der Bundespolizei über die Einreise vorgenommen werden, sofern sich die Asylantragstellenden nicht ausweisen können oder aus einem sicheren Herkunftsland stammen. Das Asylverfahren muss innerhalb von 19 Tagen abgeschlossen sein – inklusive der Entscheidung des Verwaltungsgerichts über einen möglichen Eilantrag, der gegen die Entscheidung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge eingelegt werden kann. Flughafenverfahren gibt es nur an Flughäfen, wo Asylsuchende auf dem Flughafengelände untergebracht werden können. Derzeit ist das in Berlin-Schönefeld, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg und München möglich. Eingeführt wurde das Eilverfahren an deutschen Flughäfen mit dem sogenannten Asylkompromiss – einer Änderung des im Grundgesetz festgelegten Asylrechts, die 1993 in Kraft trat. Mehr zum Flughafenverfahren:

<https://www.bamf.de/DE/Themen/AsylFluechtlingsschutz/Sonderverfahren/Flughafenverfahren/flughafenverfahren-node.html> (Zugriff: 22.07.2021).

<sup>43</sup> Schutzsuchende, die sich noch im Asylverfahren befinden oder deren Asylantrag abgelehnt wurde, können unter bestimmten Voraussetzungen eine Ausbildungsduldung erhalten. Eine Duldung ist kein Aufenthaltstitel. Sie bescheinigt lediglich, dass eine Abschiebung vorübergehend ausgesetzt wurde – im Falle einer

umwandeln: In den Arbeitsmarkt integrierten Zugewanderten ohne sicheren Aufenthaltstitel möchten die Grünen so einen "echten Spurwechsel"<sup>44</sup> ermöglichen (S. 77f.).

### *Rückführungspolitik*

Ausländer:innen, die nicht die Bedingungen für einen Schutzstatus oder ein Aufenthaltsrecht erfüllen und bei denen keine Abschiebehindernisse vorliegen, müssen nach dem Willen der Grünen "zügig wieder ausreisen". Abschiebungen sollen dabei "das letzte Mittel" sein. Vielmehr wollen die Grünen freiwillige Ausreisen fördern und den Ausreiseprozess "durch umfassende und unabhängige Beratung und Unterstützung" begleiten. Bei Abschiebehaft sollen Rechtsbeistand gewährt und das Trennungsgebot<sup>45</sup> geachtet werden. Die Grünen wollen nicht in Kriegs- und Krisenländer wie Syrien und Afghanistan abschieben und diesbezügliche bundesweite Abschiebestopps wieder in Kraft setzen. Auch in Länder, für die das Auswärtige Amt eine Reisewarnung wegen COVID-19 ausgesprochen hat, soll nicht abgeschoben werden. Die Möglichkeit der erleichterten Abschiebung von kranken und traumatisierten Geflüchteten wollen die Grünen zurücknehmen; im Verfahren sollen wieder psychotherapeutischen Gutachten anerkannt werden.<sup>46</sup> Menschenhandelsopfer sollen ein Bleiberecht erhalten. Die Grünen fordern Erleichterungen bei der Visavergabe für verfolgte Wissenschaftler:innen und Studierende sowie den Ausbau der Bundesprogramme zu ihrer Aufnahme und einen gemeinsamen europäischen Fonds für ihre Unterstützung (S. 51, S. 66, S. 78).

### *Europäische Asylpolitik*

Auf europäischer Ebene wollen sich die Grünen für eine menschenrechtsbasierte Flüchtlingspolitik einsetzen, die sich nicht zuletzt in einem menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten widerspiegelt. Die Grünen sprechen sich für die Einrichtung von Registrierungscentren in den Außengrenzstaaten aus, die von den EU-Institutionen geführt werden. Hier sollen Geflüchtete

---

Ausbildungsduldung für die gesamte Dauer der Ausbildung in Deutschland. Nach erfolgreichem Ausbildungsabschluss kann die Duldung um sechs Monate verlängert werden, um einen Arbeitsplatz zu suchen. Gelingt dies, kann dann für die Dauer von zwei Jahren ein Aufenthaltstitel gewährt werden. Ausreisepflichtige Ausländer:innen können auch für 30 Monate eine Beschäftigungsduldung erhalten, wenn sie ihren Lebensunterhalt durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung eigenständig sichern können und weitere Voraussetzungen erfüllen. Weitere Informationen bieten unter anderem das [Bundesinnenministerium](#) und der [Informationsverbund Asyl & Migration](#).

<sup>44</sup> Unter dem Schlagwort "Spurwechsel" wird seit einigen Jahren die u.a. in Schweden etablierte Möglichkeit verstanden, aus der Schiene der Asylummigration in die Erwerbsmigration zu wechseln. Asylbewerber:innen soll es also ermöglicht werden, entweder noch während des laufenden Asylverfahrens einen Aufenthaltstitel zum Zweck der Erwerbstätigkeit zu erhalten oder nach abgelehntem Asylantrag eine Aufenthaltserlaubnis zu Beschäftigungszwecken zu erhalten. In Deutschland gibt es mit der Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung eine Art "nachgelagerten Spurwechsel", weil sie einen Übergang in einen Aufenthaltstitel zum Zwecke der Erwerbstätigkeit ermöglichen.

<sup>45</sup> Gemäß Aufenthaltsgesetz ([§ 62 a Satz 1](#)) sind Menschen in Abschiebehaft "getrennt von Strafgefangenen unterzubringen". Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs aus dem Jahr 2014 müssten dafür spezielle Einrichtungen vorgehalten werden. Mit dem sogenannten Geordnete-Rückkehr-Gesetz, das 2019 in Kraft trat, setzte der Gesetzgeber das Trennungsverbot für drei Jahre aus, um mehr Abschiebehaftplätze schaffen zu können. Abschiebegefangene können demnach in allen Haftanstalten untergebracht werden, wobei sie in diesen Einrichtungen weiterhin von Strafgefangenen getrennt werden müssen.

<sup>46</sup> Mit Inkrafttreten des "Zweiten Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht" (Geordnete-Rückkehr-Gesetz) im August 2019 sind die Anforderungen an ärztliche Gutachten und Stellungnahmen, die in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahren herangezogen werden, weiter verschärft worden. Seitdem reichen psychotherapeutische Gutachten nicht mehr aus, um psychische Erkrankungen als Abschiebehindernis geltend machen zu können.

registriert werden, einen Sicherheitscheck durchlaufen, medizinisch und psychologisch erstversorgt und menschenrechtskonform untergebracht werden. Die EU-Agentur für Asylfragen<sup>47</sup> soll dann unter Berücksichtigung familiärer Bindungen und persönlicher Umstände das EU-Land bestimmen, in dem das Asylverfahren durchlaufen werden soll. Der Verteilung wollen die Grünen einen Mechanismus zugrunde legen, an dem sich EU-Staaten, Regionen und Städte freiwillig beteiligen können. Dafür sollen sie Unterstützung aus einem EU-Integrationsfonds erhalten. Reichen die zugesagten Aufnahmeplätze im Verteilmechanismus nicht aus, sollen sich alle weiteren EU-Mitgliedstaaten im Verhältnis zu ihrem Bruttoinlandsprodukt und ihrer Bevölkerungsgröße an der Aufnahme beteiligen oder "einen mindestens gleichwertigen Beitrag zu den Gesamtkosten" der Flüchtlingsaufnahme leisten. Die EU-Kommission soll die Einhaltung gemeinsamer Regeln und Standards sicherstellen. Bei all dem möchten die Grünen mit "handlungswilligen Ländern und Regionen vorangehen" (S. 93, S. 101).

Geschlossene Lager, Transitzone oder europäische Einrichtungen in Drittstaaten lehnen die Grünen ab. Stattdessen wollen sie "sichere und legale Fluchtwege" schaffen, unter anderem durch die Einführung humanitärer Visa, den Ausbau von Resettlement-Programmen sowie die Gleichstellung von subsidiär Schutzberechtigten mit anerkannten Flüchtlingen beim Familiennachzug und der Ermöglichung des Geschwisternachzugs<sup>48</sup>. Die Grünen setzen sich ein für eine "zivile und flächendeckende europäisch koordinierte und finanzierte Seenotrettung". Die Kriminalisierung und Behinderung von Seenotrettung wollen sie unterbinden und Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen wie z.B. Pushbacks ahnden. Dazu wollen sie auch das Menschenrechtsmonitoring durch die EU-Grundrechteagentur ausbauen und die parlamentarische Kontrolle von Einsätzen der Grenzschutzagentur Frontex stärken (S. 101f.).

Die Kooperation mit der libyschen Küstenwache lehnen die Grünen ebenso ab wie Migrationspartnerschaften, "die Fluchtabwehr und Rückführungen zur Bedingung etwa von Entwicklungszusammenarbeit" machen. Stattdessen wollen sie sich für menschenrechtskonforme Rückübernahmeabkommen einsetzen, die Ausbildungspartnerschaften und Visa-Erleichterungen für Staaten umfassen, die die Sicherheit zurückgenommener Staatsbürger:innen effektiv garantieren. Erstaufnahme- und Transitländer sollen stärker bei der Versorgung Geflüchteter unterstützt und strukturelle Ursachen von Flucht und Vertreibung reduziert werden, etwa mittels restriktiver Ausfuhrkontrollen europäischer Rüstungsexporte, ziviler Krisenprävention und einem gerechten Handelssystem.

---

<sup>47</sup> Ende Juni 2021 einigten sich das Europäische Parlament und der Rat nach mehrjährigen Verhandlungen auf die Umwandlung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) in eine Asylagentur der Europäischen Union. Sie soll dazu beitragen, die Qualität der Asylverfahren in den EU-Mitgliedstaaten zu verbessern, die Asylverfahren weiter zu vereinheitlichen und zu beschleunigen sowie die Asylsystem der EU-Staaten mithilfe einer Reserve von 500 Expert:innen wirksamer zu unterstützen. Siehe dazu die Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 29. Juni 2021: [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_21\\_3241](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_3241) (Zugriff: 09.08.2021).

<sup>48</sup> Bislang gibt es im Aufenthaltsgesetz keine explizite Regelung für den Nachzug von Geschwistern zu minderjährigen Flüchtlingen. Diese dürfen zwar ihre Eltern, nicht aber ihre Geschwister aus dem Ausland nachholen, was oft zu jahrelanger Trennung der Familien führt. Ein Gesetzentwurf der Grünen zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes wurde Ende Juni 2021 im Ausschuss für Inneres und Heimat diskutiert: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw25-pa-inneres-geschwisternachzug-847774> (Zugriff: 22.07.2021).

Die EU-Türkei Flüchtlingsvereinbarung in ihrer jetzigen Form wollen die Grünen beenden; stattdessen setzen sie sich für ein im Parlament abgestimmtes neues Abkommen ein, das völkerrechts- und rechtsstaatskonform ist und Geflüchteten in der Türkei durch finanzielle und logistische Unterstützung Perspektiven schafft, feste Kontingente zur Umsiedlung von Flüchtlingen aus der Türkei in die EU enthält und mit der Zusage der Türkei verbunden ist, Flüchtlinge gut zu integrieren und nicht zum politischen Spielball zu machen. Die Grünen wollen sich außerdem dafür einsetzen, dass die Türkei die Genfer Flüchtlingskonvention vollumfänglich umsetzt (S.98).<sup>49</sup>

Anerkannte Flüchtlinge sollen nach dem Willen der Grünen erleichterten Zugang zu Freizügigkeit in der EU erhalten. Ein kommunaler Integrationsfonds auf europäischer Ebene soll das Ankommen von Eingewanderten in den Kommunen unterstützen und etwa zur Finanzierung von Migrationsberatungsstellen oder Dolmetscherleistungen im Gemeinwesen genutzt werden können (S. 77).

International möchten die Grünen regionale Ansätze fördern, die Menschen, die klimabedingt ihre Heimat verlassen müssen, "eine selbstbestimmte und würdevolle Migration ermöglichen und ihnen Aufenthaltsperspektiven schaffen". Heimat- und Aufnahmeländer dieser Migrant:innen wollen die Grünen unterstützen, die "Task Force on Displacement" der Klimarahmenkonvention UNFCCC strukturell stärken und sich für die Umsetzung sowohl des globalen Flüchtlings- als auch Migrationspakts einsetzen (S. 94).

#### *Teilhabe und Partizipation*

Die Grünen wollen das Leitbild "Einheit in Vielfalt" als Leitbild für eine rassismuskritische und chancengerechte Einwanderungsgesellschaft gesetzlich verankern und ähnlich dem Deutschen Ethikrat einen "Partizipationsrat" einführen, damit Menschen mit Rassismuserfahrung auch gehört werden. Die Antidiskriminierungsstelle (ADS) soll "zur obersten Bundesbehörde aufgewertet werden" und mehr Personal, Budget und Kompetenzen erhalten. Ihre Leitung soll vom Bundestag gewählt werden. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) wollen die Grünen zu einem Bundesantidiskriminierungsgesetz aufwerten, das unter anderem Klagen gegen Diskriminierung vereinfacht, nicht zuletzt durch die Einführung eines Verbandsklagerechts<sup>50</sup>. In der Verfassung wollen die Grünen einen Gewährleistungsanspruch auf den Schutz vor strukturellem und institutionellem Rassismus verankern und den Begriff "Rasse" ersetzen (S. 71).

Damit sich die Vielfalt der Gesellschaft auch in der Verwaltung widerspiegelt setzen sich die Grünen für eine Diversity-Mainstreaming<sup>51</sup> im öffentlichen Dienst und in Unternehmen mit

---

<sup>49</sup> Die Türkei hat zwar die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und das ergänzende Protokoll von 1967 ratifiziert, dabei aber einen geografischen Vorbehalt geltend gemacht und sich somit nur verpflichtet, die Flüchtlingskonvention auf Flüchtlinge anzuwenden, die aus Europa kommen.

<sup>50</sup> Ein solches Verbandsklagerecht ist beispielsweise in Berlin mit dem im Juni 2020 in Kraft getretenen Landes-Antidiskriminierungsgesetz (LADG) eingeführt worden. Von Diskriminierung Betroffene haben so die Möglichkeit, die Prozessführungsbefugnis auf einen Antidiskriminierungsverband zu übertragen, der vom Land Berlin anerkannt wurde.

<sup>51</sup> In Anlehnung an die in Deutschland bereits seit 1999 verfolgte gleichstellungspolitische Strategie des Gender Mainstreaming, versteht man unter Diversity Mainstreaming die konsequente Berücksichtigung der Auswirkungen z.B. von Verwaltungsabläufen und -prozessen auf diversitätsrelevante soziale Gruppen. Alle Maßnahmen werden dahingehend analysiert, ob sie verschiedene Gruppen wie migrantisch gelesene Menschen, Menschen mit Behinderung oder LSBTIQ\* benachteiligen und eine gleichberechtigte Teilhabe an Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen verhindern.

Bundesbeteiligung ein und sprechen sich für "verbindliche Zielvorgaben zur Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund auf allen Ebenen" aus und dafür, das Diversity Budgeting<sup>52</sup> voranzubringen. Sie wollen ein Bundespartizipations- und Teilhabegesetz vorlegen und das Bundesgremienbesetzungsgesetz reformieren. Dadurch sollen Teilhabe und Repräsentanz von Menschen mit Migrationsgeschichte gestärkt werden (S. 70).

Ihre politischen Partizipationsmöglichkeiten sollen zudem durch die Einführung des Kommunalwahlrechts für Drittstaatsangehörige verbessert werden. In Parlamenten sollen Menschen mit Migrationsgeschichte gleichberechtigt vertreten sein. Gleichzeitig möchten die Grünen die Hürden für eine Einbürgerung abbauen, die zukünftig grundsätzlich schon nach fünf Jahren Aufenthalt in Deutschland möglich sein soll. Für anerkannte Flüchtlinge wollen die Grünen das Einbürgerungsverfahren beschleunigen und vereinfachen. Außerdem sollen in Deutschland geborene Kinder mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, wenn "ein Elternteil rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat". Mehrstaatigkeit soll grundsätzlich möglich sein (S. 71, S. 74, S. 77).

### *Integration*

Integrationsprozesse möchten die Grünen unter anderem mit kostenfreien "passgenauen, gut erreichbaren und bundesfinanzierten Sprach- und Integrationskursen" fördern, zu denen alle Migrant:innen und Schutzsuchenden unmittelbar nach ihrer Ankunft in Deutschland Zugang haben sollen. Die Teilnahmemöglichkeiten von Frauen und Menschen mit Lernschwierigkeiten an diesen Kursen sollen verbessert werden. Kinder sollen unabhängig von ihrer Bleibeperspektive Zugang zu Schulen, Kitas und anderen Bildungsangeboten erhalten. Außerdem wollen die Grünen Betriebe fördern, die Geflüchtete beschäftigen oder ausbilden. Jüdische Eingewanderte wollen die Grünen bei der Rente (Spät-)Aussiedlerinnen aus der ehemaligen Sowjetunion gleichstellen (S. 72, S. 77f.).

*(Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel "Deutschland. Alles drin. Bundestagswahlprogramm 2021" (272 Seiten) abrufbar unter: [https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021\\_barrierefrei.pdf](https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf))*

---

<sup>52</sup> Beim Diversity Budgeting geht es darum, bei der Haushaltsplanung darauf zu achten, dass Einnahmen und Ausgaben so strukturiert werden, dass sie Diversität fördern. Es soll also ein diversitätsgerechter Haushaltsplan entwickelt werden. Die Idee lehnt sich an das bereits etablierte Gender Budgeting an. Dabei wird unter anderem evaluiert, ob öffentliche Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen so angelegt sind, dass die dazu beitragen, Geschlechtergerechtigkeit durchzusetzen.

Vera Hanewinkel

## Migrationspolitische Positionen und Forderungen der Parteien aus den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021 im Direktvergleich

	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
<b>Allgemeine Position zum Asylrecht / Flüchtlingsschutz</b>	Bekenntnis zum Grundrecht auf Asyl und zu rechtlichen und humanitären Verpflichtungen Deutschlands und Europas	Genfer Flüchtlingskonvention verteidigen, Recht auf Asyl vollumfänglich wahren und gewähren	Ablösung internat. Regelwerke wie der GFK durch neues Schutzsystem	Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte unantastbar	Flüchtlingskonvention einhalten, Recht auf Asyl vollständig wiederherstellen	GFK vollumfänglich umsetzen, Aushöhlung des Aufenthalts- und Asylrechts zurücknehmen
<b>Angestrebte Änderungen bei Flüchtlingsaufnahme und -versorgung sowie im Asylverfahren</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Falschangaben im Asylverfahren sollen strafbar sein</li> </ul>	k.A.	<ul style="list-style-type: none"> <li>"Humanitäre Aufnahme nur für vom Bundestag ausgewählte, besonders schutzbedürftige Personen, für deren Auswahl ein mit der deutschen Werte- und Gesellschaftsordnung vereinbarer kultureller und religiöser Hintergrund ein wichtiges Kriterium ist"</li> <li>Asylverfahren nur noch bei geklärter Identität eröffnen</li> <li>Arbeitsverbot während des Asylverfahrens</li> <li>Asylverfahrensberatung nur noch durch staatliche Stellen</li> <li>Nur Sachleistungen für Asylbewerber:innen</li> <li>Keinen automatischen Zugang zu Sozialleistungen für anerkannte Asylbewerber:innen gewähren</li> <li>UN-Migrations- und -Flüchtlingspakt aufkündigen</li> <li>Rücküberweisungen besteuern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Zwischen 1) politisch Verfolgten, 2) Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingsen, 3) dauerhaften Einwanderer:innen unterscheiden</li> <li>Auf die Dauer des Krieges begrenzten Schutzstatus für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingsen nach Identitätsfeststellung gewähren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Flüchtlingsrechte auch für Armuts-, Umwelt- und Klimaflüchtlingsen einführen</li> <li>LSBTIQA*-Geflüchtete besser schützen und beraten</li> <li>Kommunen mit mehr Entscheidungsbefugnissen bei Flüchtlingsaufnahme ausstatten und finanziell unterstützen</li> <li>Asylbewerber:innen in "individuelle Mindestsicherung" (1.200 Euro/Monat) einbeziehen</li> <li>Dezentrale Unterbringung; Schutzzonen und abschließbare Sanitäreinrichtungen in Flüchtlingsunterkünften</li> <li>Staatlich finanzierte "flächendeckende unabhängige Asylverfahrensberatung" einführen</li> <li>Keine pauschalen Asylwiderrufsprüfungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Verstärkt Bundesaufnahmeprogramme einrichten</li> <li>Kontingente aus EU-Staaten an Außengrenze aufnehmen</li> <li>Bundesländer und Kommunen sollen bei Flüchtlingsaufnahme mehr Mitspracherechte erhalten und selbstständig über Aufnahmeentscheidungen, die den Königsteiner Schlüssel übersteigt</li> <li>Asylverfahren verkürzen: BAMF ausreichend mit Personal ausstatten; Qualitätsmanagement verbessern</li> <li>Vor der Anhörung besondere Schutzbedarfe identifizieren und z.B. Situation von Rom:nja in den Herkunftsländern stärker berücksichtigen</li> <li>Nichtstaatliche Asylverfahrensberatung einrichten</li> <li>Verbleib in Erstaufnahmeeinrichtungen auf 3 Monate verkürzen</li> <li>Asylprozessrecht optimieren</li> <li>Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen</li> </ul>

						<ul style="list-style-type: none"> <li>• Arbeitsverbote und Leistungskürzungen aufheben</li> <li>• Flughafenverfahren abschaffen</li> <li>• International regionale Ansätze für "würdevolle Migration" von Menschen fördern, die klimabedingt ihre Heimat verlassen müssen</li> <li>• Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration sowie Globalen Flüchtlingspakt umsetzen</li> </ul>
<b>Bleiberecht</b>	Restriktiv handhaben <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bei Geduldeten an "echte Integrationsvoraussetzungen" knüpfen</li> <li>• Druck auf Identitätstäuscher erhöhen</li> </ul>	Soll Integrierten ermöglicht werden <ul style="list-style-type: none"> <li>• Dauerhaftes Bleiberecht für gut Integrierte ohne gesicherten Aufenthalt</li> <li>• Stichtagsregelungen zur Beendigung von Kettenduldungen</li> </ul>	Restriktiv handhaben <ul style="list-style-type: none"> <li>• Niederlassungserlaubnis für anerkannte Asylbewerber:innen erst nach 10 Jahren Aufenthalt</li> </ul>	Wer arbeitet oder sich durch Ausbildung bzw. Studium qualifiziert, soll nicht abgeschoben werden <ul style="list-style-type: none"> <li>• "Spurwechsel" für gut integrierte Schutzsuchende ermöglichen</li> <li>• Niederlassungserlaubnis bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen nach 3 Jahren gewähren</li> </ul>	Globale Bewegungsfreiheit durchsetzen: Legalisierungs- und Bleiberechtsregelungen für alle Zugewanderten schaffen <ul style="list-style-type: none"> <li>• Zugewanderte Frauen sollen bei Gewalt in der Partnerschaft einen vom Ehemann unabhängigen Aufenthaltstitel erhalten</li> </ul>	Voraussetzungen für unbefristetes Aufenthaltsrecht absenken <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kettenduldungen abschaffen, sicheres Bleiberecht für Geduldete nach 5 Jahren; für Kinder, Jugendliche und Familien mit minderjährigen Kindern bereits nach 3 Jahren</li> <li>• Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung in Aufenthaltsrechte umwandeln; bei Arbeitsmarktintegration "echten Spurwechsel" ermöglichen</li> <li>• Bleiberecht für Menschenhandelsopfer</li> <li>• Kein automatischer Verlust der Aufenthaltserlaubnis für Ausländer:innen, die sich länger als 6 Monate im Ausland aufhalten</li> <li>• Ausländer:innen sollen auch ohne Trauschein zum/r in Deutschland lebenden deutschen Lebensgefährt:in ziehen können</li> </ul>
<b>Abschiebungen</b>	Erleichtern <ul style="list-style-type: none"> <li>• Abschiebehaft ausweiten</li> </ul>	Nicht in Länder, in denen Menschen Gefahr für Leib und Le-	Abschiebungsoffensive starten <ul style="list-style-type: none"> <li>• Abschiebungen durch</li> </ul>	Für alle Fragen der Aufenthaltsbeendigung soll der Bund	Lehnt DIE LINKE ab	Abschiebungen als "letztes Mittel"

	<p>ten</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• "Gewahrsamseinrichtungen an Verkehrsflughäfen" für Sammelabschiebungen einrichten</li> <li>• Kooperation mit Drittstaaten</li> </ul>	ben droht	<p>Bundespolizei</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Transportflüge der Bundeswehr nutzen</li> <li>• Verhinderung von Abschiebungen bestrafen</li> <li>• Freiwillige Rückkehr fördern ("handwerklich-praktische Grundbildung" für Rückkehrpflichtige ermöglichen)</li> <li>• Zurückweisung von Asylsuchenden, die aus sicherem Herkunftsland oder Drittstaat einreisen</li> <li>• Ausländische Straftäter:innen im Ausland in Vollzugsanstalten unter dt. Leitung und Recht unterbringen</li> <li>• Gefährder:innen bis zur Ausreise inhaftieren</li> <li>• Schleierfahndung bis 50 km ins Landesinnere, 80 km im Seebereich</li> </ul>	zuständig sein		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Freiwillige Ausreisen fördern</li> <li>• Ausreiseprozess durch umfassende unabhängige Beratung und Unterstützung flankieren</li> <li>• Bei Abschiebehaft Rechtsbeistand gewähren und Trennungsgesetze achten</li> <li>• Keine Abschiebungen in Kriegs- und Krisenländer (&gt; bundesweite Abschiebestopps)</li> <li>• Keine Abschiebungen in Länder für die Reisewarnung wegen COVID-19 gilt</li> <li>• Psychotherapeutische Gutachten bei Abschiebungen wieder berücksichtigen</li> <li>• Menschenrechtskonforme Rücknahmeabkommen abschließen, die Ausbildungspatenschaften und Visa-Erleichterungen umfassen, wenn Staaten die Sicherheit zurückgenommener Staatsangehöriger effektiv garantieren</li> </ul>
<b>Sichere Herkunftsländer</b>	<p>Mehr Länder als solche einstufen – auch ohne Zustimmung des Bundesrates</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Konzept des "kleinen" sicheren Herkunftslandes einführen</li> </ul>	k.A.	Mehr Länder als solche einstufen	Schutzsuchende aus sicheren Herkunftsländern sollen "besondere Rechtsberatung" erhalten	Lehnt DIE LINKE ab	Lehnen die Grünen ab
<b>Europäisches Asylsystem</b>	<p>Reformieren</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Solidarische Verteilung der Kosten und Lasten der Flüchtlingsaufnahme</li> <li>• Harmonisierung der Aufnahmebedingungen</li> <li>• Asylanspruch bereits in europäisch verwalteten Entscheidungszentren an EU-Außengrenze prüfen</li> </ul>	<p>Reformieren</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Solidarischer Verteilungsmechanismus statt Dublin-System</li> <li>• Asylsystem weiter europäisieren</li> <li>• EASO zu einer "vollwertigen Asylagentur" ausbauen</li> </ul>	<p>Vergemeinschaftung rückgängig machen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• EU-Migrationspakt verhindern</li> <li>• Keine festen Aufnahmequoten einführen</li> </ul>	<p>Reformieren</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbindliche Verteilung von Schutzsuchenden mit Bleibeperspektive</li> <li>• Bei Nichtbeteiligung an Flüchtlingsaufnahme Zuwendungen aus EU-Haushalt kürzen</li> <li>• Rücküberstellungen erleichtern</li> <li>• Sozialleistungen für</li> </ul>	<p>Reformieren</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Dublin-System abschaffen, aufnahmebereite EU-Staaten finanziell unterstützen; nichtaufnahmebereite Länder sollen Ausgleichszahlungen leisten</li> <li>• Einheitliche Schutzstandards durchsetzen</li> <li>• Hotspots auflösen und Sofortprogramm zur</li> </ul>	<p>Reformieren</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Registrierungszentren in EU-Staaten an Außengrenze einführen &gt; EU-Asylagentur bestimmt unter Berücksichtigung familiärer Bindungen und persönlicher Umstände den für das Asylverfahren zuständigen EU-Staat</li> <li>• freiwilliger Vertei-</li> </ul>



				Geflüchtete nur in dem für sie zuständigen EU-Staat auszahlen; Sekundärmigration durch Mindestniveau verhindern	<p>Aufnahme Geflüchteter auflegen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• EU-Türkei-Flüchtlingsabkommen aufkündigen; Zusammenarbeit mit Milizen und Diktatoren beenden</li> <li>• Entwicklungszusammenarbeit nicht an Migrationskontrolle knüpfen</li> </ul>	<p>lungsmechanismus, an dem sich EU-Staaten, Regionen und Städte beteiligen können, die aus einem EU-Integrationsfonds finanziell unterstützt werden; reichen Aufnahmeplätze nicht aus, Beteiligung weiterer EU-Staaten im Verhältnis zu Bevölkerungsgröße und BIB; Kostenbeteiligung nicht aufnahmebereiter Staaten</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine geschlossenen Lager – auch nicht in Drittstaaten</li> <li>• Kooperation mit libyscher Küstenwache und EU-Türkei-Abkommen beenden</li> <li>• Entwicklungszusammenarbeit nicht an Migrationskontrolle knüpfen</li> <li>• Kommunalen Integrationsfonds schaffen, u.a. zur Finanzierung von Migrationsberatungsstellen und Dolmetscherleistungen im Gemeindewesen</li> <li>• Für anerkannte Flüchtlinge Zugang zu Freizügigkeit erleichtern</li> </ul>
<b>Frontex</b>	<p>Ausbauen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Soll "echte Grenzpolizei und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen" werden</li> <li>• Personal aufstocken</li> </ul>	k.A.	Soll weiterhin europäische Außengrenzen sichern	<p>Ausbauen und reformieren</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Personalstärke von 10.000 Grenzschützer:innen schon vor 2027 erreichen</li> <li>• Kontroll- und Transparenzmechanismen ausbauen</li> <li>• Mit Auftrag zur Seenotrettung ausstatten</li> </ul>	Auflösen	<p>Reformieren</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Menschenrechtsmonitoring durch EU-Grundrechteagentur ausbauen und parlamentarische Kontrolle der Frontex-Einsätze stärken</li> </ul>
<b>Fluchtursachen bekämpfen</b>	<p>Ja</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Cash-for-Work-Programme</li> </ul>	<p>Ja</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Mit Partnerländern Globalen Pakt für Mig-</li> </ul>	k.A. <i>(Begriff wird im Wahlprogramm nicht genannt, aber AfD setzt sich dafür ein, dass</i>	k.A.	<p>Ja</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Überwindung globaler Ungerechtigkeiten</li> </ul>	<p>Ja</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Strukturelle Ursachen von Flucht und Ver-</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kooperation mit Drittstaaten (u.a. in Afrika)</li> <li>• Armutsbekämpfung</li> <li>• Stabilisierungspolitik im Nahen und Mittleren Osten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• U.a. auch: faires Handelssystem, Schuldenerlasse, Mechanismus zur Prüfung friedenspolitischer Ziele in neuen Gesetzen, Programmen, Vorhaben; Frauenrechtskonvention umsetzen, restriktive Rüstungsexportpolitik, Stärkung der Menschenrechtsarchitektur</li> </ul>	<p><i>Schutzsuchende nicht nach Deutschland und Europa kommen, sondern in den Nachbarländern versorgt werden; dafür sollen aus Deutschland humanitäre Hilfsleistungen in Krisenregionen fließen)</i></p>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stärkung von Demokratie und sozialen Bewegungen</li> <li>• Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken</li> <li>• Gerechte Handelspolitik durchsetzen</li> <li>• Globale soziale Grundversorgung einführen, Reichtum umverteilen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• treibung reduzieren z.B. durch restriktive Rüstungsexportpolitik, zivile Krisenprävention und gerechtes Handelssystem</li> <li>• Erstaufnahme- und Transitländer stärker bei Flüchtlingsversorgung unterstützen</li> <li>• Integration Geflüchteter in der Türkei unterstützen, feste Kontingente zur Umsiedlung Geflüchteter aus der Türkei einrichten</li> </ul>
<b>Legale/Sichere Fluchtwege</b>	k.A.	Ja <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bundeskontingent für Aufnahme Schutzsuchender durch aufnahmebereite Kommunen</li> </ul>	Nein <ul style="list-style-type: none"> <li>• "Fluchtbewegungen (...) können nicht mittels Aufnahme der Migranten in Europa und Deutschland bewältigt werden"</li> <li>• "Intrakontinentale Fluchtalternativen" schaffen</li> <li>• Keine Aufnahme Schutzsuchender durch Kontingente wie Resettlement; keine Aufnahme von aus Seenot Geretteten</li> <li>• Grenzen durch Zäune sichern</li> </ul>	Ja <ul style="list-style-type: none"> <li>• Eindeutige Regelungen im europäischen Recht verankern</li> <li>• Möglichkeit schaffen, Asyl in Botschaften von EU-Staaten zu beantragen</li> <li>• Humanitäre Visa einführen</li> </ul>	Ja <ul style="list-style-type: none"> <li>• Humanitäre Visa einführen</li> <li>• Resettlement-Kontingente aufstocken</li> <li>• Visumszwang für Schutzsuchende aufheben</li> <li>• EU soll Klimapässe für Klimaflüchtlinge einführen</li> </ul>	Ja <ul style="list-style-type: none"> <li>• Humanitäre Visa einführen</li> <li>• Resettlement ausbauen</li> </ul>
<b>Seenotrettung</b>	k.A.	Staatlich durch EU gewährleisten, nicht kriminalisieren	Aus Seenot gerettete Migrant:innen nicht aufnehmen; immer Ausschiffung am nächstgelegenen geeigneten Hafen	Frontex mit Seenotrettung beauftragen, private Seenotretter:innen nicht behindern	Ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm auflegen	Zivile europäisch koordinierte und finanzierte Seenotrettung einführen, keine Behinderung und Kriminalisierung von Seenotrettung
<b>Familiennachzug</b>	An bestehenden Regeln festhalten	Einschränkungen zum Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten zurücknehmen	Für Flüchtlinge abschaffen	k.A.	Subsidiär Schutzberechtigten Familiennachzug uneingeschränkt gewähren; Geschwisternachzug für unbegleitete Minderjährige ermöglichen	Subsidiär Schutzberechtigte mit anerkannten Flüchtlingen gleichstellen, Geschwisternachzug ermöglichen
<b>Fachkräftemigration / Arbeitsmigration</b>	Erleichtern <ul style="list-style-type: none"> <li>• Sprach- und Qualifizierungsangebote in Herkunftsländern schaffen</li> <li>• Fachkräfteeinwanderungs-Attachés an deutschen Auslands-</li> </ul>	k.A.	Restriktiv nach dem "japanischen Modell" handhaben <ul style="list-style-type: none"> <li>• Zugang zu Grundsicherung für Unionsbürger:innen erschweren</li> <li>• Kindergeld für im Ausland lebende Kinder</li> </ul>	Erleichtern <ul style="list-style-type: none"> <li>• Zwei-Säulen-Modell einführen: Blaue Karte EU (auch für nicht-akademische Fachkräfte) und "Chancenkarte", die über Punkte-</li> </ul>	Keine gezielte Anwerbung ausländischer Fachkräfte <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bessere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen</li> <li>• Rekrutierungsagenturen dürfen nur noch</li> </ul>	Erleichtern <ul style="list-style-type: none"> <li>• "Talentkarte" basierend auf Punktesystem und jährlichem Arbeitskräftebedarf für Migrant:innen ohne formale oder aner-</li> </ul>

	<p>vertretungen benennen, die über Zuwanderungsmöglichkeiten informieren</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen erleichtern, Verfahren digitalisieren</li> </ul>		<p>von Eingewanderten nur in Höhe der dort üblichen Sätze zahlen</p>	<p>system Zuwanderung auch ohne vorliegendes Arbeitsplatzangebot erlaubt</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Geflüchteten "Spurwechsel" ermöglichen</li> <li>• Sprach- und Vorbereitungskurse vor Einreise anbieten</li> <li>• Anwerbestrategie mit Partnerländern entwickeln</li> </ul>	<p>mit Lizenz arbeiten und müssen Arbeitsschutz garantieren; Arbeitgeber tragen Anwerbegebühren</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erleichterter Hochschulzugang für ausländische Studierende</li> <li>• Geflüchteten Wissenschaftler:innen Fortsetzung ihrer Arbeit an Hochschulen in Deutschland ermöglichen</li> </ul>	<p>kannte Bildungsabschlüsse einführen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Konzepte wie Westbalkanregelung ausbauen und verstetigen</li> <li>• Bildungsmigration erleichtern (z.B. durch Ausbildungsvisa)</li> <li>• Anerkennung ausländischer Qualifikationen verbessern</li> <li>• Gesetzlichen Rahmen für Beschäftigung ausländischer Haushaltshilfen schaffen</li> <li>• Erleichterte Visavergabe für verfolgte Wissenschaftler:innen und Studierende</li> </ul>
<p><b>Integrationsverständnis und angestrebte integrationspolitische Maßnahmen</b></p>	<p>"Integration als Fundament des Miteinanders"; Leitsatz: Fordern und fördern</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Zugewanderte sollen "unsere Werte teilen, sich an unsere Gesetze halten und unsere Sprache sprechen"</li> <li>• Integration beschleunigen durch "digitale, flexible und zielgruppenspezifische Sprachlernangebote</li> <li>• Spracherwerb und Arbeitsmarktintegration von zugewanderten Frauen fördern</li> <li>• kommunale Integrationsfachkräfte einrichten</li> <li>• Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte im öffentlichen Dienst stärken</li> <li>• (Spät-)Aussiedlerverbände stärker fördern, rentenrechtlichen Benachteiligungen entgegenwirken; Amt des Beauftragten der Bundesre-</li> </ul>	<p>"Permanente gesellschaftliche und staatliche Aufgabe"</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• In der gesamten Gesellschaft Selbstverständnis verankern: "Migration macht uns als Gesellschaft reicher und bringt uns voran"</li> <li>• Öffentlicher Dienst als Integrationsvorbild: Partizipations- und Integrationsgesetz, das alle staatlichen Institutionen zu interkultureller Öffnung verpflichtet</li> <li>• Aufenthaltsstatusunabhängiger Zugang zu Sprach- und Integrationskursen für alle Zugewanderten unmittelbar nach Einreise</li> <li>• Unmittelbare Schulpflicht für alle zugewanderten Kinder</li> </ul>	<p>"Bei der Integration sehen wir Zuwanderer (...) in der Pflicht; sie gelingt nur, wenn die Regeln, Traditionen und Werte unserer Gesellschaft akzeptiert werden"</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bei Fachkräften Spracherwerb bis B2-Niveau unterstützen</li> <li>• Keine "Migrantenquoten" einführen</li> <li>• Kopftuch als "religiöspolitisches Zeichen" im öffentlichen Dienst verbieten</li> <li>• An Schulen keinen bekenntnisorientierten Islamunterricht anbieten</li> <li>• Personal im Gesundheitswesen muss C1-Deutschkenntnisse haben</li> </ul>	<p>"Integration ist der Schlüssel dafür, dass Einwandererinnen und Einwanderer zu einem Teil unserer Gesellschaft werden und zu ihrem Gelingen beitragen"; Leitsatz: Fordern und fördern</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Integrationspolitisches Leitbild basierend auf GG, das religionsunabhängig ist und "die gesellschaftliche Vielfalt in Einheit" widerspiegelt</li> <li>• Kostenlose Sprach- und Integrationskurse anbieten, bürokratische Hürden beim Arbeitsmarktzugang abbauen</li> <li>• Diversity-Management als "Teil der ökonomischen Modernisierung und als sinnvolle Alternative zu Quoten vortragen" (auch im öffentlichen Dienst)</li> <li>• Integrationspaten "nach kanadischem Vorbild" etablieren</li> <li>• Bundesweit zuständige Stelle für Anerkennung ausländischer Qualifi-</li> </ul>	<p>"Wir wollen Teilhabe statt Integration (...) [und], dass alle Menschen, die hier leben, im Rahmen einer Teilhabeagenda rechtlich, politisch und sozial gleichgestellt werden"</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Zuständigkeit für Migration und Integration in ein neues Bundesministerium für Migration und Partizipation überführen</li> <li>• Integrationsangebote unabhängig vom Aufenthaltsstatus</li> <li>• Partizipationsgesetz erlassen und Partizipationsrat einführen; Demokratiefördergesetz zur Stärkung von Flüchtlingsräten und migrantischen Verbänden u.a.</li> <li>• Quote zur Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst festlegen</li> <li>• Aktives und passives Wahlrecht auf allen Ebenen für langfristig in Deutschland leben-</li> </ul>	<p>Integration als wechselseitiger Prozess "mit dem Ziel, gleiche Zugänge und Teilhabechancen in allen Bereichen des Lebens" zu schaffen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einwanderungsthemen aus Innenministerium herauslösen und in neues Gesellschaftsministerium überführen</li> <li>• Leitbild "Einheit in Vielfalt" gesetzlich verankern</li> <li>• Allen Migrant:innen und Schutzsuchenden unmittelbar nach Einreise Zugang zu kostenfreien Sprach- und Integrationskursen gewähren; Teilnahmemöglichkeiten von Frauen und Menschen mit Lernschwierigkeiten verbessern</li> <li>• Kindern unabhängig von Bleibeperspektive Zugang zu Schulen, Kitas, Bildungsangeboten ermöglichen</li> <li>• Betriebe fördern, die Geflüchtete beschäftigen und ausbilden</li> </ul>

	<p>gierung für Aussiedlerfragen stärken; weiterhin Eingliederungshilfen leisten</p>			<p>kationen einrichten</p>	<p>de Ausländer:innen einführen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Härtefallfonds und anonymen Krankenschein für Menschen ohne Absicherung einführen</li> <li>• gesetzlichen Anspruch auf Dolmetscherleistungen im Rahmen medizinischer Leistungen schaffen</li> <li>• Jüdische Kontingentflüchtlinge und Aussiedler:innen, die bis 2012 in Rente gegangen sind, sollen eine Einmalzahlung von 10.000 Euro pro Person erhalten, die nicht auf Grundsicherung im Alter und andere Sozialleistungen angerechnet wird</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Partizipationsrat einführen; Bundespartizipations- und Teilhabegesetz erlassen</li> <li>• Diversity-Mainstreaming und Diversity-Budgeting im öffentlichen Dienst und Unternehmen mit Bundesbeteiligung einführen und Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund durch "verbindliche Zielvorgaben" erhöhen</li> <li>• Bundesgremienbesetzungsgesetz reformieren</li> <li>• In Parlamenten sollen Menschen mit Migrationsgeschichte gleichberechtigt vertreten sein</li> <li>• Kommunalwahlrecht für Drittstaatsangehörige einführen</li> <li>• Jüdische Eingewanderte rentenrechtlich mit (Spät-)aussiedler:innen gleichstellen</li> </ul>
<p><b>Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit</b></p>	<p>Entschieden entgegnetreten</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bundesregierung soll regelmäßig Extremismus-Berichte vorlegen, die gesamtgesellschaftliche Entwicklungen ausleuchten</li> <li>• Programme gegen Diskriminierung und Rassismus und für Integration und Inklusion stärker fördern</li> <li>• Antisemitismus bekämpfen (dt.-israelisches Jugendwerk, Stipendienprogramme)</li> </ul>	<p>Nachdrücklich entgegenwirken</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bund-Länder-Kommission einrichten für abgestimmtes Vorgehen</li> <li>• Antidiskriminierungsstelle des Bundes stärken</li> <li>• AGG reformieren</li> <li>• Straftaten konsequenter erfassen und ahnden</li> </ul>	<p>Aktiv entgegenstellen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Extremismus bekämpfen, gefährdete Gruppen schützen</li> <li>• Beirat "innere Führung" bei Polizei schaffen</li> </ul>	<p>AfD lehnt Critical Race Theory ab, wonach Rassismus gegen Weiße nicht möglich ist; Kritik am Islam nicht "durch den Vorwurf der "Islamophobie" und des "Rassismus"" unterdrücken</p>	<p>Unmissverständliche Haltung gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit zeigen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• AGG reformieren, Verbandsklagerecht einführen, Arbeitsdefinition von institutionellem und strukturellem Rassismus ins Gesetz aufnehmen</li> <li>• Bundesantidiskriminierungsgesetz schaffen</li> <li>• Beratungsangebote für Menschen mit Rassismuserfahrung verbessern</li> <li>• Schutz- und Förderklausel gegen rassistische Diskriminierung in Art. 3 GG verankern</li> </ul>	<p>Bekämpfung von Rassismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Antidiskriminierungsstelle zur obersten Bundesbehörde aufwerten, mit mehr Personal, Budget und Kompetenzen ausstatten und mit vom Bundestag gewählter Leitung</li> <li>• AGG zu Bundesantidiskriminierungsgesetz aufwerten, Verbandsklagerecht einfügen</li> <li>• Im GG einen Gewährleistungsanspruch auf Schutz vor strukturellem und institutionellem Rassismus veran-</li> </ul>

						<p>kern</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Regelmäßig Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsdaten erheben</li> <li>• Forschung zu Diskriminierung und Rassismus ausbauen und das Thema in der Lehrer:innenbildung verankern</li> </ul>
<b>Einbürgerung</b>	<p>k.A. (CSU-Programm: <i>Einbürgerung muss "durch Arbeit, Integration, Spracherwerb und ein Bekenntnis zu unseren Werten verdient werden"</i>)</p>	<p>Erleichtern</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vorausgesetzte Aufenthaltsdauer verkürzen</li> <li>• Mehrstaatigkeit zulassen</li> </ul>	<p>Erschweren</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rückkehr zum Abstammungsrecht</li> <li>• Anspruchseinbürgerung abschaffen</li> <li>• Fristen für Ermessenseinbürgerung anheben</li> <li>• Bei schwerer Kriminalität dt. Staatsangehörigkeit bis 10 Jahre nach der Einbürgerung zurücknehmen können</li> </ul>	<p>Erleichtern</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Soll nach 4 Jahren möglich sein</li> <li>• Mehrstaatigkeit mit Generationenschnitt ab Generation der Enkel der Eingebürgerten einführen</li> <li>• Bundesweit Einbürgerungsfeiern einführen</li> </ul>	<p>Erleichtern</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtsanspruch auf Einbürgerung nach 5 Jahren Aufenthalt</li> <li>• Mehrstaatigkeit erlauben</li> <li>• Recht auf dt. Staatsangehörigkeit für Kinder und Jugendliche, deren Eltern dauerhaft in Deutschland leben</li> </ul>	<p>Erleichtern</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Soll nach 5 Jahren Aufenthalt möglich sein</li> <li>• Beschleunigte Einbürgerung für anerkannte Flüchtlinge</li> <li>• In Deutschland geborene Kinder sollen dt. Staatsangehörigkeit erhalten, wenn "ein Elternteil seinen rechtmäßigen und gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat"</li> <li>• Mehrstaatigkeit erlauben</li> </ul>

k.A. = keine Aussage; im Wahlprogramm finden sich dazu keine Informationen